

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis (Schumerende):  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-  
 nummern mit Illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Beilagen-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Rußland, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Koloniel-  
 zeile oder deren Raum 20 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Berichts-  
 und Besprechungsmeldungen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-  
 gebuchte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlos-  
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über  
 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 31. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Werbt für den „Vorwärts“!

Die Regierung und ihre Helfer, die bürgerlichen Parteien haben das dringliche Wahlrechtsbegehren des preussischen Proletariats mit einer unerhörten Bräuterei beantwortet: mit der lächerlichen Wahlkreisreform, die, statt dem Proletariat das mindeste Zugeständnis zu machen, das „elendeste aller Wahlsysteme“, die preussische Dreiklassenwahl, für alle Zukunft festlegen soll. Die Regierung und ihre Verblinden haben damit dem Proletariat in der beleidigendsten Weise ihre vollendete

### Nichtachtung

bewiesen. Man hält die Arbeiterklasse noch für derartig ohnmächtig, daß man ihre Wünsche und Forderungen ignorieren zu können glaubt.

An dieser Behandlung trägt das Proletariat zum guten Teile

### selbst die Schuld!

Die herrschenden Klassen haben vor der Dreimillionen-Partei noch keinen genügenden Respekt, weil sie glauben, daß sich unter den sozialdemokratischen Wählern zahlreiche Mitläufer befinden, also Leute, die im Grunde gar nicht hinter der Partei und ihren Forderungen ständen. Und e- muß zugegeben werden, daß ein großer Teil der Arbeiter dieser Auffassung dadurch direkt Vorschub leistet, daß er sich seinen Klassenpflichten aus Gedankenlosigkeit entzieht. Nicht durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels läßt sich die Herrschaft der bestehenden Klassen brechen, sondern nur durch unausgesetzte und nachdrücklichste Betätigung der sozialdemokratischen Gesinnung, durch Organisation und Agitation. Durch Organisation in den politischen und gewerkschaftlichen Kampfverbänden, durch Agitation vor allen Dingen durch Unterstützung

### der sozialdemokratischen Presse.

Aber noch immer — trotz des gewaltigen Wachstums der Abonnentenzahl in den letzten Jahren — besitzt der

### „Vorwärts“

bei weitem nicht die Leserzahl, die er besitzen müßte. Wurden doch in den sechs Berliner Wahlkreisen im Jahre 1903 nicht weniger als 218 238 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, wozu noch weitere 112 218 Stimmen in den Kreisen Teltow-Beeskow und Niederbarnim kommen! Ein gewaltiges Feld steht also der Werbetätigkeit der Genossen noch offen!

Will das Proletariat der herrschenden Klasse den Respekt abnötigen, endlich auch seine Forderungen erfüllt zu sehen, so liegt das völlig in seiner Hand. Eine Klasse verdient die Behandlung, die sie sich gefallen läßt. Darum zeigt der Bourgeoisie, wer und wie stark ihr Feind, stärkt eure Kampforganisationen, bekämpft die bürgerliche Klatschpresse und agitiert unermüdlich für euer wichtigstes Agitationsmittel, den

### „Vorwärts“.

## Ein Opfer der Junker.

### II.

Wir sagten in unserem gestrigen Artikel, Stein habe mit sehr bescheidenen Reformen begonnen. Dieser Reichsritter war bei alledem ein Freund des Adels; sein fähigster Mitarbeiter in den Jahren 1807 und 1808, Schön, hat ihn beschuldigt, im Innersten stets ein Reaktionär geblieben zu sein, und der bürgerliche Historiker Hans Delbrück sagt, gegen die ständische Vertretung des Adels, die Stein in seinem Alter geplant habe, sei selbst unser heutiges Herrenhaus eine demokratische Einrichtung. Das mag nun mehr oder weniger ansehbar sein; auf keinen Fall war Stein im heutigen Sinne auch nur ein Liberaler, geschweige denn ein grundsätzlicher Revolutionär.

Er begann seine reformatorische Tätigkeit mit dem Edikt vom 9. Oktober 1807, das auch seine bedeutendste Leistung geblieben ist, bis auf die Städteordnung vom 19. November 1808, die er noch kurz vor seinem Sturze fertig brachte. Das Oktober-Edikt zerbrach die scharfen Unterschiede der Stände, indem es dem Bauer und Bürger gestattete, adeliche Güter zu erwerben, und den Edelmann berechtigte, „ohne allen Nachteil seines Standes“, bürgerliche Gewerbe zu treiben, und es hob die Erbuntertänigkeit der Bauern auf. Es blieb nicht nur hinter dem zurück, was in England, Holland, der Schweiz und Italien längst erreicht war; es hinterließ selbst nur den Fortschritt nach, die Oesterreich, Dänemark und sogar einzelne deutsche Staaten, wie Baden und Schleswig-Holstein, schon seit Jahrzehnten gemacht hatten.

Besonders unglücklich fällt der Vergleich aus mit seinem unmittelbaren Vorbilde, den bekannten Beschlüssen der französischen Nationalversammlung aus der Augustnacht des Jahres 1789. Diese Beschlüsse überboten das Oktober-Edikt in jedem Betracht,

wie auch Lehmann hervorhebt. Sie verkündeten die Freiheit nicht nur der Person, sondern auch des Eigentums, während das Oktober-Edikt alle feudalen Dienste, Fronden und Lasten bestehen ließ, die den Befreiten vermöge des Besitzes eines Grundstücks oder vermöge eines besonderen Vertrages oblagen. Es gab den Bauern eben nur die persönliche Freiheit, schaffte den Zwangsgesindebienst ab, ferner das gutsherrliche Recht, jeden „Untertanen“ zur Annahme einer dienstpflichtigen Stelle zu zwingen oder zwischen mehreren Kindern eines Erblassers zu wählen, endlich den Konfens des Gutsherrn bei Veräußerung, Verpfändung oder Belastung eines Grundstücks, bei der Verheiratung, beim Erlernen eines bürgerlichen Gewerbes. Darüber hinaus behandelte das Edikt den Adel mit größter Schonung; es hob nicht einmal die Patrimonialgerichtsbarkeit, ja sogar nicht die Fideikommiss- und Lehne auf.

Gleichwohl erhoben sich die Junker gegen das Edikt mit einem Geldemut und einer Zähigkeit, die sie bei Jena so gänzlich hatten vermissen lassen. Da sie die bürokratische Maschinerie in der Hand hatten, versuchten sie es zunächst mit dem feinen Mittel, dem Bauer überhaupt die Existenz des Edikts zu verheimlichen. Selbst in Ost- und Westpreußen, wo der Hof und die Regierung immer noch ihren Sitz hatten, war das Edikt im August 1808 weder in Lithuanische noch in Polnische überetzt, auch noch nicht von den Kanzeln verlesen worden, was damals zu den üblichen Publikationsformen der Gesetze gehörte. Ähnlich in den anderen Provinzen, die noch zu dem preussischen Staate gehörten. Aber wie Lehmann sagt: „Große Neugierden haben Flügel in allen Zeiten, auch in denen, welche nur kümmerliche Zeitungen besitzen. Der Bauer wußte allenthalben bald, woran er war.“ Er verlangte sein gesetzliches Recht, das ihm die Junker nunmehr — nach dem ja auch heute noch praktizierten Grundfahne: Nun erst recht nicht — nicht nur vorenthalten, sondern auch in das schamloseste Unrecht verkehrten, indem sie die Gewalt über die Bauern, die ihnen das Oktober-Edikt genommen hatte, mit verdreifachter Brutalität geltend machten. So kam es zu Bauernunruhen namentlich in Schlesien, wo die Junker sich nicht schämten, die Hilfe der französischen Truppen, die noch im Lande standen, gegen die Bauern anzurufen. Der Kanzler Schrötter, der damalige Justizminister, der anfangs nicht übel Lust bezeigt hatte, das junkerliche Kesseltreiben gegen das Edikt mitzumachen, schrieb nun doch entsetzt an Stein: „Es sind nicht die Untertanen, sondern die Gutsherrn, welche das Oktober-Edikt vorzüglich nicht verstehen; es ist kein Wunder, daß die erbitterten Gemeinden tumultuieren; es sind die Gutsherrn, die eigentlich bestraft werden müßten, sie, die die Bauern zur Verzweiflung treiben.“ „Eigentlich“ natürlich nur, denn tatsächlich wurden, wie sich in Preußen von selbst versteht, nur die tumultuierenden Bauern bestraft.

Stein war jetzt aber doch von seiner Adelsfreundschaft wenigstens halb und halb kuriert. Einen gründlichen Tanz mit dieser Rote Korah wollte er freilich noch immer nicht, aber er sah doch ein, daß die ostelbischen Jaunjunker, diese scheußlichste Landplage, unter der je ein gestittetes Volk gelitten hat, mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müßten. Er sagte: „Der Adel im Preussischen ist der Nation lästig, weil er zahlreich, größtenteils arm und anspruchslos auf Gehälter, Ämter, Privilegien und Vorzüge jeder Art ist. Eine Folge seiner Armut ist Mangel an Bildung, Notwendigkeit, in unvollkommen eingerichteten Kadettenhäusern erzogen zu werden, Unfähigkeit zu den oberen Stellen, wozu man durch Dienstalter gelangt, oder Drängen des Brotes halber nach niedrigen, geringfügigen Stellen. Diese große Zahl halbgebildeter Menschen übt nun ihre Annahungen zur großen Last ihrer Mitbürger aus. Man verringere also die Zahl der Obelleute, man hebe den armen Adel auf.“ Danach braucht nicht ausführlich dargelegt zu werden, wie nunmehr die ostelbischen Jaunjunker gegen diesen gefährlichen Menschen auf die Beine kamen, und mit jener Roblesse, die sie stets in der Wahl ihrer Mittel befeindet haben und bekunden, denunzierten sie Stein beim Landesseinde.

Steins historische Stellung hatte ihren dialektischen Widerspruch ebenso wie die Stellung Napoleons. Als bürgerlicher Reformier war er nationaler Patriot, versteht sich, deutscher Patriot, denn für den preussischen Staat, der ihm nur Mittel zum Zwecke war, hatte er an und für sich nichts übrig. Er meinte, nachdem er den Krebsgeschaden des ostelbischen Junkertums kennen gelernt hatte: „Preußen wird unbedauert und ohne Nachruhm untergehen und man wird es für ein Glück halten, daß eine Macht, die durch ihren Ehrgeiz anfangs Europa erschütterte, nachher durch ihr Tripotieren beunruhigt, seine Pflicht weder gegen sich, noch gegen den europäischen Staatenbund erfüllt hat, zu sein aufhöre.“ Bei alledem aber — wenn Stein die französische Fremdherrschaft so schnell wie möglich abzuschütteln gedachte, so konnte er die Hilfe der preussischen Junker nicht entbehren; einzuweilen hielten sie noch ihre Hand über den militärischen und zivilen Nachmitteln des preussischen Staates. So vertraute Stein ihnen, gegenüber dem Landesseinde, mehr als billig und klug war. Die Junker von Königsberg wußten, daß Stein einen Kurier an den Arjunter Wittgenstein in Medlenburg gesandt hatte, mit einem Briefe, der eine nationale Erhebung erörterte, und diesen Kurier hoben die französischen Truppen, die noch in der Mark Brandenburg standen, bei Spandau auf. Sie waren unterrichtet worden, welchen Rang sie machen konnten. Aber das ideale Mittel führte noch nicht ganz aus Ziel. Napoleon ließ Steins Brief

an Wittgenstein zwar im Moniteur vom 8. September 1808 veröffentlicht und sprach sich drohend gegen einen preussischen Prinzen aus, der sich damals in Paris als Unterhändler aufhielt, aber die Absetzung Steins verlangte er nicht.

Zimmerhin war Steins Stellung nach erschüttert, und die Junker saßen nun noch einmal frisch nach, indem sie die Königin Luise für sich gewannen. Der goldene Strahlenkranz, womit die patriotische Legende das Haupt dieser preussischen Nationalheiligen geschmückt hat, ist natürlich aus eitel Blech geschmiedet; Alexander v. Humboldt, der die Königin gelannt hat, nennt sie „äußerst selbstsüchtig, verschlagen und verstockt“, und nicht viel günstiger urteilte Stein über sie. Er meinte, bei mehr Bildung, Konsequenz und tieferen Gefühlen hätte sie einen wohlthätigen Einfluß auf den König haben können; sie sei auch eine angenehme, sehr gutmütige Frau, aber gefallsüchtig, von mangelhafter Bildung, fürs Gute leicht ausfordernd, jedoch wegen der Oberflächlichkeit ihres Geistes unglücklich in der Wahl der Mittel, wenig ausdauernd in ihrer Anwendung; auch erfülle sie sehr unvollkommen ihre Pflichten als Mutter. Immerhin war die Königin nicht so borniert wie der König, empfand auch die Demütigungen des Staates tiefer und hatte in ihrer Weise Steins Wiederberufung begrüßt. Aber deshalb hatte sie doch keine Ahnung von der Art der notwendigen Reformen; Stein hatte sofort ihren Unwillen erregt, als er eine Einschränkung der verschwenderischen Hofhaltung forderte und durchsetzte; im November 1807 bereits schrieb diese sorgende Landesmutter jammernd an ihren Bruder: „Wir haben zu Mittag vier Gänge, zum Abend drei. Das ist alles. Wir leben von der Luft“; das war zur Zeit, wo Hunger und Not wie die apokalyptischen Reiter durch das ausgezogene und verwüstete Preußen jagten. Im Herbst des nächsten Jahres aber kam es zum Bruch, als die Königin, um sich zu zerstreuen und sich huldigen zu lassen, einer Einladung des Zaren nach Petersburg folgen wollte und Stein widersprach. Er wurde dazu sowohl durch politische Gründe veranlaßt, als namentlich dadurch, daß kein Geld da war, die kostspielige Brunkreise zu bestreiten, es sei denn, daß man eine Summe angriff, die dem verheerten Majoren gehörte und zu dessen notdürftiger Wiederherstellung bestimmt war. Darauf mochte sich Stein ebensowenig einlassen, wie die Königin auf ihren höfflichen Pomp verzichten wollte. Stein fiel bei der Dame in völlige „Agnade“ und nun unternahm alles Hof- und Junkergetöse einen Generalsturm, dem Stein erlag. Am 24. November 1808 erhielt er die von ihm nachgeachtete Entlassung, nachdem er wenig über ein Jahr an der Spitze der Geschäfte gestanden hatte. Die Junker aber zerrten ihn durch den Mund des reaktionären Generals York nach: „Ein unsinniger Kopf ist zertreten; nun wird sich das übrige Rattengeschmeiß in seinem eigenen Gifte auflösen“ . . .

Brauchen wir danach noch ausführlicher darzulegen, wie wenig sich die ostelbischen Junker, die wir heute sehen, von den Junkern von Jena unterscheiden? Was sie befeelt, ist heute wie damals das gleiche: der adeliche Eigennutz, der jede Rücksicht auf das Gemeinwohl hintansetzt, und die erhebende Wahl der Mittel, diesen Eigennutz auf Kosten des Gemeinwohls zu befriedigen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. März.

### Militärische Ohnmacht zum Gehoresam und gegen Militärmisshandlungen.

Einen seltsamen Einblick bot heute der Reichstag. Es waren 249 Abgeordnete anwesend, sie waren herbeordert worden, um die Entscheidung über die Forderung eines Staatssekretärs für ein eigenes Kolonialamt zu treffen. Aber auch heute trat die Laski mit dem doppelten Boden: in der Zentrumsfraktion auffällig in die Erscheinung: Das Zentrum war am schwächsten vertreten und außerdem enthielt sich ein Teil der Zentrumsabgeordneten der Abstimmung, um der Forderung zum Durchbruch zu verhelfen, obgleich für die Fraktion die Ablehnung beschlossen war. Diese Spaltung und zwiespältige Haltung des Zentrums führte denn auch zur Bewilligung der Forderung. Es stimmten 127 Abgeordnete dafür, 110 dagegen, 12 enthielten sich der Abstimmung. Die Bewilligung hing also an einem Baden — das Zentrum hat sie ermöglicht.

Nebenher haben auch die freisinnigen Parteien durch ihren Umfall zugunsten der Forderungen ihre Hoffähigkeit zu erwiesen gesucht. Sie rutschten schnell die schiefe Ebene zum reaktionären Sumpf hinab.

Dann begann die zweite Lesung des Militärretats. Der freisinnige Abgeordnete Müller-Meinigen bemängelte die Militärgerichtsbarkeit und der Abgeordnete Spahn wendete sich gegen das Duellwesen in der Armee und die zweideutige Stellung der Regierung dazu.

Der Kriegminister v. Einem suchte die Stellung der Regierung in der Duellfrage durch die Verlesung einer Erklärung zu rechtfertigen, rief aber eine starke widersprechende Bewegung hervor, als er trotz aller eindringenden Bemerkungen betonte, daß für bestimmte Verletzungen der Offizierschere auch künftig Genußnahme mit der Waffe gefordert werden wird. Dann urteilte der Kriegminister selbst streng ab über die Soldatenmisshandlungen.

Mit lebendiger Frische griff Webel in die Debatte ein. Das sich der erste Beamte des Reiches, der Reichskanzler, durch seine bekannte Erklärung über das Duell in direkten Widerspruch mit dem Gesetz gestellt hat, apostrophierte Webel als eine Mißachtung des Gesetzes, die von dieser Stelle ausgehend die Achtung vor dem Gesetze erschüttern muß. Daß ferner seit einem Jahrzehnt die Heeresverwaltung selbst gegen die Soldateneinklagen oftmals sich ausgesprochen hat, ohne sie doch verhindern zu können, hat tieferen Grund. Das Ausbeutungssystem der bürgerlichen Gesellschaft erfordert militärischen Schutz. Dies und das größte Uebel der diesem System dienenden Politik, der Krieg, wirkt demoralisierend auf alles, was dem Militarismus verfallen ist. Der bürgerliche Staat wird darum auch nur bedingt Soldateneinklagen verhindern. Weitere Uebel dieses Systems — unter anderem die religiöse Unduldsamkeit — traf die scharfe Kritik Webel's, nach dessen Rede die Sitzung geschlossen, aber eine neue Sitzung für eine halbe Stunde später einberufen wurde, um die zweite Lesung des Notgesetzes zu vollziehen. Diese letzte Sitzung bot nichts Bemerkenswertes.

Sonnabend 11 Uhr: Notgesetz; Militäretat.

### Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus hielt am Freitag nur eine kurze Sitzung ab, in der es sich nochmals mit dem Kreis- und Provinzialabgabengesetz beschäftigte. Das Schlußwort dieses Gesetzes ist typisch für das Zweikammersystem. Zuerst hat das Herrenhaus die Vorlage beraten, dann kam sie ans Abgeordnetenhaus. Da keine Uebereinstimmung zwischen beiden Häusern erzielt wurde, ward der Entwurf dem Herrenhause zurückgeschickt; dieses schickte ihn wieder an das Abgeordnetenhaus, und das Abgeordnetenhaus hat den Entwurf nun nochmals dem Herrenhause zur Beratung überwiesen. So geht das Hin und Her weiter, und das Ende ist nicht abzusehen.

Am nächsten Montag werden die Novellen zum Wahlgesetz in zweiter Lesung beraten werden.

Im Herrenhause ging es etwas lebhafter her. Die Beratung des Justizetats gab dem Frankfurter Oberbürgermeister Adickes Gelegenheit zu recht interessanten, allerdings rein akademisch gehaltenen Behauptungen über die Ursachen des schwindenden Vertrauens des Volkes zur Rechtspflege. Herr Adickes erblinnete den Grund hierfür darin, daß bei uns im Gegensatz zu England kollegiale Gerichte in erster Instanz urteilen und nicht Einzelrichter und daß die Richter das praktische Leben zu wenig kennen. Wir glauben, Herr Adickes hätte nicht so weit auszuholen brauchen. Die wahre Ursache des schwindenden Vertrauens ist die Klassenjustiz. Das Vertrauen wird erst dann zurückkehren, wenn vom und aus dem Volke gewählte Richter, Männer, die mit dem Volke empfinden, an Stelle der heutigen Richter treten, welche infolge ihrer Umgebung, ihrer Erziehung und des ganzen Milieus, aus dem sie hervorgehen, selbst beim besten Willen sich nicht in die Lage der Angeklagten hineinzuversetzen vermögen und nicht nach den Beweggründen des Täters fragen, sondern nach dem starren Buchstaben des Gesetzes urteilen.

Der Etat des Ministeriums des Innern gab so gut wie keine Debatte, dagegen wurde der Kultusetat diesmal gründlich beraten. Das heißt: einige Herren äußerten ihre Ansichten über die Säkulreform, wobei wieder der alte Gegensatz zwischen Real- und humanistischer Bildung zutage trat. Von anderer Seite wurde, wie bereits im Vorjahre, über die zu hohe Belastung der Gymnasialisten, besonders in Schlesien, geklagt. Auch die Frage der Reform des höheren Mädchenschulwesens wurde wieder gestreift. Vorausichtlich wird, wie der Kultusminister erklärte, bald der Schlusstein zu dieser Reform, die den jungen Mädchen das Universitätsstudium ermöglichen soll, gelegt werden.

Die weitere Beratung wurde auf Sonnabend vertagt.

### Preussische Wahlkreisgeometrie.

Selbst die Herren Nationalliberalen sind mit der Vermehrung der Mitgliederzahl des preussischen Abgeordnetenhauses, die man in unbedingtester Zustimmung „Wahlreform“ getauft hat, bekanntlich nicht ganz einverstanden. Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der nationalliberalen Ortsvereine im Reichstagswahlkreis Teltow-Neckow hat sich sogar — zu einer großen oppositionellen Tat aufgerufen. Er hat nämlich an das preussische Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, in welcher er ersucht, die Gemeinde Wilmersdorf von dem Wahlkreis Potsdam 9 (Kreis Teltow und Kreis Neckow-Storkow) abzutrennen und mit dem Wahlkreis Charlottenburg zu vereinen und ferner aus Nizdorf und Schöneberg zwei selbständige Wahlbezirke mit je einem Abgeordneten zu bilden. In der langen Begründung dieser Wünsche heißt es:

Es ist schwer verständlich, daß die königliche Staatsregierung Wilmersdorf, dessen Interessen mit Charlottenburg und Schöneberg, bei denen es unmittelbar zusammenhängt, völlig gleichartig sind, bei dem Wahlbezirk der beiden Landkreise belassen will, trotzdem es wohl mit Sicherheit am 1. April 1907 Stadtkreis wird, und voranschrittlich dann alsbald dem Landespolizeibezirk Berlin eingegliedert werden wird. Wird aber, was allein der Sachlage entspricht, auch Wilmersdorf von dem alten Landtagswahlbezirk abgetrennt, so gestaltet sich das Verhältnis der einzelnen Teile des Wahlkreises dahin, daß der alte Wahlkreis 300 000 Einwohner, die neuen Wahlkreise, die zudem erheblich feinerstrukturiert als der alte Wahlkreis sind, 300 000 Einwohner umfassen.

Werden aber die sich aus der Natur der Sache ergebenden Erwägungen berücksichtigt, so ist der großstädtische Teil des Wahlkreises, die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg, Nizdorf und der künftige Stadtkreis Wilmersdorf, von dem Wahlbezirk der beiden Landkreise abzutrennen. Geschieht dies, so ergibt sich als natürliche, der örtlichen Lage und der Bevölkerungsdichtigkeit entsprechende weitere Gliederung die Zusammenfassung von Charlottenburg und Wilmersdorf mit zusammen 300 000 Einwohnern zu einem Wahlbezirk, der mit Rücksicht auf seine Bevölkerungszahl, das schnelle Anwachsen der Bevölkerung und mit Rücksicht auf seine erhebliche und noch immer zunehmende Stimmkraft wohl berechtigt ist, zu erwarten, daß ihm gleich dem Kreisfreie zwei Abgeordnete zugeteilt werden.

Die Stadtkreise Schöneberg und Nizdorf, die von der Regierungsvorlage zu einem Wahlbezirk zusammengefaßt werden, haben nach ihrer örtlichen Lage nichts gemeinsam und weisen in der ökonomischen und sozialen Zusammensetzung jeder der beiden Städte ungenügend große Unterschiede auf. Es ist kaum verständlich, wie die königliche Staatsregierung darauf hat kommen können, diese beiden so sehr verschiedenartigen Städte zu einem Wahlbezirk zusammenzufassen. Das sachliche Gegeben ist meines Dafürhaltens, je einen selbständigen Wahlbezirk mit einem Abgeordneten aus Schöneberg (140 000 Einwohner) und Nizdorf (150 000 Einwohner) zu schaffen. Jeder der beiden Wahlbezirke ist dann noch immer vollreicher als die neuen Wahlbezirke Berlin 1, 3, 4, 11, sowie Randsberg 9 und 13.

Trotz der Bescheidenheit ihrer Wünsche werden die Herren Nationalliberalen mit ihrer Petition schwerlich etwas erreichen. Daß die neue Wahlbezirkteilung sinnlos ist, wissen auch die Regierung und die preussischen Konservativen; aber diese Einteilung erfüllt einen hohen vaterländischen Zweck: sie sichert den Konservativen die Mehrzahl der neuerschaffenen Sitze und verhindert die Wahl eines Sozialdemokraten im Kreise Teltow-Neckow-Storkow. Deshalb muß auch notwendig Nizdorf mit Schöneberg vereinigt werden. Nizdorf mit seiner starken Arbeiterbevölkerung könnte sonst doch vielleicht in einiger Zeit einen sozialdemokratischen Abgeordneten in das Dreiklassenparlament senden.

### Toten-Verchwörung.

Zu Wilmersdorf, in einem Saale, der an 1500 Personen zu fassen vermag, hatten sich am Mittwochabend knapp 150 Männlein und Weiblein eingehend, um einem Vortrage Theodor Barth's zu lauschen, der über „Das Wahlrechts-Flüchwerk“ sprach.

Das Barth vom Konstruktum des Wahlrechts zum preussischen Dreiklassen-Parlament zu sagen hatte, ist unseren Genossen hinlänglich bekannt, wenn nicht schon vor früher, so aus den Betrachtungen, die wir um den 21. Januar und um den 18. März dieses Jahres ansetzten. Was er über die lächerlichen Flüchwerke an dem in allen Rähten plöndenden Wahlgesetz und Wahlreglement zu sagen hatte, auch das ist unseren Lesern wohl bekannt. Es läßt also kaum ein Grund vor, dem Referate des freisinnigen Eigenbrüblers besondere Beachtung zu widmen.

Indessen vom Drum und Dran dieser Versammlung interessiert uns doch wohl das eine oder das andere. Der Theodor Barth's Eigenart kennt, der weiß, daß er seinem ganzen Wesen nach als ein unterwerflicher Illusionär aufgeföhrt werden muß, als ein Mann, der noch am Grabe die Hoffnung aufpflanzt, der eben Bestattete könne und werde zu neuem Leben erstehen. So besonders am Grabe des deutschen Liberalismus, den unsere jüngere Generation nur noch vom Hörensagen kennt.

Ja, es ist wahr, Barth muß es zugeben, die „Freisinnigen“ in Preußen zweiter Instanz haben sich bei der ersten Lesung der Flüchwerke wieder einmal jämmerlich benommen. Aber wartet nur! Balde kommt die zweite Lesung, dann wird sich der liberale ruppige Vogel in seiner ganzen Größe erheben und als ein Phönix aus der Asche des Dreiklassenparlamentes in die Höhe steigen. Er wird sich nicht mit einer Resolution begnügen, er wird einen Antrag, einen leidenschaftlichen Antrag, ein Amendement einbringen, und dieser freisinnige Antrag wird die Einführung der geheimen Stimmabgabe fordern. Donnerwetter! Das wird eine Leistung sein! Wir sind keine Illusionäre. Wir wissen, was man vom deutschen Freisinn aller Schattierungen zu halten hat. Und darum wissen wir auch: Wenn der „Freisinn“ im preussischen Abgeordnetenhaus wirklich einen Antrag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe einbringen sollte, so wird er das zu Dekorationszwecken tun; denn solcher Antrag ist billiger und schmutziger, er hat vor allen Dingen den Vorzug, daß seine Annahme ausgeschlossen ist!

Im Grunde des Herzens wären jene preussischen „Volksvertreter“ liberaler Couleur nämlich sehr unzufrieden, falls ein derartiger Antrag wirklich durchginge; bräde er ihnen doch den Hals, wärdie er ihnen doch die Mehrzahl ihrer Mandate kosten, die sie bis jetzt nur mit Hilfe der öffentlichen Stimmabgabe kämmerlich zu wahren wußten.

In seinen Optimismus ließ Barth am Schluß selber ein paar elegische Tröpfchen stehen. Er sagte: Tut der Liberalismus — wider Erwarten — auch diesmal seine Pflicht nicht, dann werden die Sozialdemokraten halb neue Hunderttausende von Wühläusern haben! Nun, sehr geehrter Herr Dr., Sie dürfen's und glauben: der Liberalismus wird, kann und will seine „Pflicht“ nicht mehr tun. Also? Wir werden Ihnen demnächst die paar Hunderttausend neue Wühläuser zu präsentieren haben, und Sie werden sich wundern dürfen, wie schnell wir diese „Wühläuser“ mit gültiger Hilfe der königlich preussischen Regierung zu überzeugten Sozialdemokraten machen.

Der zweite Referent des Abends, Herr Rechtsanwält Gottschalk, sollte über: „Die Wahlentrechtung der Vororte“ reden. In Wirklichkeit gab er eine zweite vergrößerte Auflage des Barth'schen Vortrags. Und wenn man ein wenig hellhörig war, so konnte man aus den Darlegungen dieses Mannes — 5 Minuten, nachdem Barth seinen illusionären Vortrag geendet hatte — den verhaltenen Groll gegen den Hauptwidersacher der Wahlentrechtung, die Sozialdemokratie, heraushören. Schön aber schloß der gute Mann sein Referat. Er renommierte: Wir Gerechtigkeitsfreunde (!), die wir die Gleichheit vor dem Gesetze wünschen, wir fürchten auch auf die Gefahr eines Mandatsverlustes hin die Einführung des Reichstagswahlrechts weder für den preussischen Landtag noch für die Kommunen! Woran ihm ein einfacher Arbeiter in der Diskussion schlagfertig vorhielt: Warum denn die „freisinnige“ Clique nicht nur bei der Landtagswahl, sondern erst kürzlich wieder bei den Gemeinde- und bei den Stadtverordnetenwahlen Arm in Arm mit dem konservativen Flügel, ja sogar mit den Antisemiten gegen die Sozialdemokraten marchiert wäre?!

Uebrigens die Diskussions! Herr Dr. Barth, der über die Flüchwerke am preussischen Wahlrecht gespottet hatte, brachte selber eine Resolution ein, die einen Riefen auf den elend durchlöcherteren Wahlstiefel setzen will: Die größeren Städte (Nizdorf, Charlottenburg, Schöneberg, Köln, Breslau usw.) sollen mehr Abgeordnete zugewiesen bekommen! — Es sprachen in der Diskussion zwei freisinnige und vier Sozialdemokraten. Einer von jenen wünschte statt der Worte — Toten: Das Bürgerthum, zu feige, um Opfer zu bringen, solle es wenigstens — nach Art der Sozialdemokraten — mit organisiertem Massenaustritt aus der Landeskirche als Protest versuchen! Doch Dr. Barth riet dringend davon ab, weil — die Orthodoxen sich freuen würden, nun alles allein beherrschen zu können. (!)

Die Sozialdemokraten, die das Wort ergriffen, wollten von der Mithilfe des längst eingetragten, unwiderstehlichen liberalen Liberalismus beim Kampfe gegen die preussische Wahlrechtschmach nichts wissen. Sie riefen das Leben auf die Schanze! Sie geshielten die Angst des freisinnigen Spießbüttens vor dem 21. Januar d. J. Sie sprachen vom Massenstreik als letztem und äußerstem Mittel in höchster Not. Sie fragten neugierig, ob der Freisinn, auf den Barth noch so viel Hoffnung setze, in solchem Falle mit von der Partie sein oder er auf seinen Geldsäden hocken und das heilige Kapital beschützen werde?

Keine Antwort ist auch eine Antwort! Weder Dr. Barth, noch der Herr Rechtsanwält, noch die zwei äußerst redegewandten freisinnigen Diskussions Teilnehmer hatten darauf auch nur ein Wortchen zu erwidern. Sie nahmen des sündgeheuligen Referenten Flüchresolution an und gingen nach Hause.

Als einen „weihen Raben“ bezeichnete jemand Herrn Theodor Barth. Ob weiß, ob schwarz, der Rabe ist und bleibt ein Unglücks- vogel, der über Leichen und Gräbern Unheilherbeiführendes krächzt.

Die schönen Illusionen Theodor's des Letzten, sie werden zerflattern, und über dem Rausenquiescher des preussisch-deutschen Liberalismus wird sich bald der Raschhügel wölben.

### Prinz Alwa im Auswärtigen Amt.

Der Sohn des King Alwa ist gestern im Auswärtigen Amt empfangen und einer 2<sup>stündigen</sup> Audienz gewürdigt worden. Vor wenigen Wochen war der „König“ Alwa noch ein verflorenes Subjekt und der „Prinz“ Alwa ein Hummer und Hochstapler, nach dem die Polizei fahndete. Jetzt, nach der Enthüllung der Puttkamerwirtschaft, sind die Trunkenbolde und Zuchtständer und die Zechpredler schleimig wieder zum „King“ und zum „Prinz“ abanctiert. Der „Tag“ berichtet n. a. über den Empfang des kameruner Prinzen: Legationsrat Gleim ließ sich die Begleiter Alwa's vorstellen und unterhielt sich mit ihnen mehr in liebenswürdiger als in formeller Audienz erteilte. Herr Gleim kam alsbald auf das bekannte Urteil gegen die Alwahauptlinge zurück und erwiderte, er werde die Verhandlung vor einem Gerichte in Deutschland stattfinden lassen. Schon in den nächsten Tagen werde die Vorberhandlung in Kamerun beginnen, und zwar vor einem Richter, der an der Sache überhaupt nicht interessiert sei und der die Fehler des ersten Richters sicherlich vermeiden werde.

Damit die Alwahauptlinge nicht wieder ganz ohne Verteidigung ständen, habe das Auswärtige Amt angeordnet, daß irgend ein Missionar in Kamerun, der mit den Alwas und ihrer Sprache vertraut sei, als Verteidiger gestellt würde. Auch bezüglich der amtlichen Auskunft Brauchitsch über Alwa würden von der Regierung Erhebungen angeleitet. Herr Gleim sicherte nochmals strenge Untersuchung der in der Beschwerdekrist enthaltenen einzelnen Punkte zu; dafür werde auch schon die Verwaltung Sorge tragen. Schließlich stellte Legationsrat Gleim dem jungen Alwa in Aussicht, daß die Regierung nach Beilassung des Verichts Brauchitsch an Niemann in Hamburg Alwas Gesicht an den Senat in Hamburg um Zurückziehung des Ausweisungsurteils befürworten werde. Bezüglich der an den Kaiser und Reichskanzler gerichteten Beschwerden wegen der durch den Gouverneur v. Puttkamer erlittenen Geldverluste und wegen der Behinderung des Jagdrechtes bemerkte Legationsrat Gleim, daß das Beschwerdematerial nach Kamerun geschickt worden sei zur weiteren Unterfuchung.

Bezeichnend für den sozusagen gemischlichen Ton der Audienz war, daß, als die Herren sich verabschiedeten und Alwa zum Legationsrat Gleim sagte, er hoffe, Gleim werde als Gouverneur nach Kamerun gehen, der Legationsrat erwiderte: „Gehen Sie nur erst dorthin!“

Es will uns scheinen, als ob es sehr ratsam wäre, wenn der „Prinz“ ruhig in Deutschland bliebe, damit sich nicht erst wieder ein neuer Puttkamer in Kamerun einmischen kann!

In den Tod getrieben durch das Schicksal, d. h. durch die Mißhandlungen, die er von älteren Kameraden zu erdulden hatte, ist der Rekrut Dhe vom 2. Lusarenregiment zu Grima. Am Mittwoch wurde sein trauriger Fall vor dem Kriegsgericht zu Dresden verhandelt. Dhe hat sich gleich nach einer anstündigen Mißhandlung durch die „alten Leute“ erhängt. Seine Feinde erhielten jetzt fünf, vier und drei Monate Gefängnis und wurden sofort verhaftet; zwei Rekruten, die sie gegungen hatten, den Dhe zu schlagen, erhielten unter Jubelstimmung mildernde Umstände je zwei Wochen Gefängnis.

### Zentrum und Polen in Oberschlesien.

Im Reichstagswahlkreis Preußen-Zarnowitz ist von den Polen an Stelle des zurückgetretenen Kröll der Herausgeber des „Katolik“, Herr Kapieraleki, als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Die Aufstellung bedeutet eine vollständige Zerfällung des Tischfisches zwischen Zentrum und Polen in Oberschlesien. Das große Sterben des Zentrums im ober-schlesischen Industriebezirk ist damit besiegelt. Das empfindet auch das schlesische Zentrumsorgan, die „Schles. Volksztg.“, denn trüblich schreibt sie:

„Dem Hinübergehenden mancher altu vertrauensvoller Leute in unserem Lager, vor allem der „Köln. Volksztg.“ nach der angeblich gemäßigten Richtung in der polnischen Partei ist mit dieser Kandidatur ein für allemal ein unheilvolles Ende bereitet worden. Es gibt jetzt in Oberschlesien, was schon seit längerer Zeit feststand, nur noch eine einzige geschlossene Partei, deren Ziel die Befestigung des Zentrums bis auf äußerste ist. Hiernach müssen wir uns richten!“

Erfahrung im Reichstagswahlkreis Altona-Nerlosch. Wie da „Bureau Herald“ meldet, ist von dem freisinnigen Verein in Nerlosch für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Justizrat Jenzmann Dr. Langerhans-Verein für den Wahlkreis Altona-Nerlosch in Aussicht genommen. Dr. Langerhans hat bereits den Wahlkreis von 1881 bis 1893 mit einer Unterbrechung von einem halben Jahre vertreten.

Und erscheint die Meldung wenig glaubwürdig.

Der sächsische Landesverband evangelischer Arbeitervereine hat in seiner letzten Generalversammlung, die in Wachen abgehalten wurde, festgestellt, daß eine Verminderung der Mitglieder um 344 eingetreten ist. Schon seit mehreren Jahren war zu beobachten, daß die Evangelischen im Zeichen des Krebses stehen.

Der antisemitische heftige Landtagsabgeordnete Dürfel, zweiter Direktor der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft zu Friedberg ist von seinem Kollegen, dem ersten Direktor Salenze, der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung angezeigt worden.

Ein „Schumann“. Wegen Körperverletzung im Amte wurde der frühere Polizeierganeit Raich aus Schivelbein, jetzt Versicherungsinpeltor in Stettin von der Strafkammer zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 1. April d. J. wurde in Schivelbein ein neuer Polizeierganeit an Probe angestellt. Dieser und Raich machten zur Feier des Ereignisses eine Bierreise, wobei sich beide gründlich bekneipen. In diesem Zustande erschienen dem Raich nun höchst wahrscheinlich alle Strafpassanten gefährliche Verbrecher, und so nahm er denn kurzher und ohne jeden Grund einen zufällig an ihm vorbeigehenden Diebier fest, den er auf der Straße mit dem Handfesseln schlug und dem er in der Arrestzelle, nachdem er sich den Uniformrock ausgezogen hatte, in drei Auflagen etwa 20 Hiebe mit seinem Seitengewehr beibrachte, so daß der Mann 14 Tage arbeitsunfähig war.

### Zur Fleischnot.

Vom Statistischen Amte in Düsseldorf werden vergleichende Uebersichten über die Frequenz des Schlachthofes, des Viehmarktes und die Höhe der Fleischpreise veröffentlicht, die ein großes Schlaglicht auf die Fleischnot und Fleischuerung werfen. So erschien vor einigen Tagen eine Uebersicht der Monate Januar 1905 und 1906, welcher wir einige Zahlen entnehmen. Der Fleischkonsum in Düsseldorf ist pro Kopf der Bevölkerung von 5,8 Kilo im Januar 1905 auf 6,2 Kilo im letzten Januar gefallen. Schweine wurden im Januar des Vorjahres 5907 aufgetrieben, wogegen im letzten Januar nur 3474 der Vorstücker zum Verkauf standen, also 2433 weniger. Der Auftrieb an Ochsen war auch um 55 Stück geringer als im Vorjahre im nämlichen Monat, höher war die Zahl der geschlachteten Herde, und zwar um 18 Stück. Es wurden im Januar des Vorjahres insgesamt 3868 Stück aufgetrieben, in dem nämlichen Monat 1906 aber nur 7081 Stück Vieh. Durch das Kinderangebot stieg der Preis für das Vieh ganz enorm und wurden für 50 Kilo Schlachtgewicht im Januar 1905 gezahlt: Ochsen 70 bis 81 M., Röhre 50—68 M. und für Schweine 69—75 M. Die Preise standen im Vorjahre für Schweine auf 60—67 M., für Röhre auf 56—65 M. und für Ochsen auf 63—73 M.

Druckfehlerberichtigung. In den Leitartikeln der gestrigen Nummer hat sich ein fumentstehender Druckfehler eingeschlichen. In der ersten Spalte, 34. Zeile von unten, muß es heißen: „im Herbst 1805“ statt „im Herbst 1905“. Ferner ist zu lesen in der 10. Zeile: „Die Kronbeamte Post“, 5. Zeile von unten: „Die Wichtigkeit ihrer Fällungen“ statt „Die Wichtigkeit ihrer Fällungen“.

## Ausland.

### Schweden.

**Roß 7 Millionen für eine „Rattenfalle“.** Bei Woden im schwedischen Nordland baut man seit einer Reihe von Jahren an einer Festung, die nach der Meinung militärischer Sachverständiger von außerordentlichem Wert für die Landesverteidigung sein soll. Die Sachverständigen hatten die Kosten ursprünglich auf im ganzen 4 $\frac{1}{2}$  Millionen Kronen berechnet, neuerdings hat jedoch das zur Prüfung der Frage eingesetzte „Wodenkomitee“ herausgefunden, daß die Festungsbauei nicht weniger als 10 Millionen kosten wird. 10 Millionen waren schon bewilligt. Es fehlten also noch 9. Die Regierung begnügt sich damit, in ihrem Budgetvorschlag 7 184 500 Kronen zu verlangen, davon 1 575 000 Kronen für das Jahr 1907. Der Staatsausfluß hieß diese Forderung einstimmig gut. Am Mittwoch hat sich der Reichstag damit befaßt. Die Erste Kammer stimmte ohne Vorberingung für den Regierungsvorschlag. In der Zweiten Kammer fand eine längere Debatte statt. Die Sozialdemokraten waren die einzige Partei, die entschieden gegen den Vorschlag auftrat. Genosse Christiernsen bezeichnete die Festung als „Rattenfalle“ und meinte, wenn der schwedische Landwehr einmal das Unglück zustößen sollte, gefangen zu werden, wäre es in Woden. Die Zweite Kammer nahm den Regierungsvorschlag schließlich mit 169 gegen 38 Stimmen an. Die 7 Millionen sollen auf die Budgets der Jahre 1907, 1908, 1909 und 1910 verteilt werden. Ob dann die Festung nach Meinung der Militäristen wirklich vollendet sein wird, ist recht fraglich.

### Amerika.

#### Die organisierten Arbeiter und die Politik.

Eine Abordnung der „American Federation of Labor“ (Amerikanischer Arbeiterbund) wurde jüngst beim Präsidenten Roosevelt vorstellig und beschwerte sich darüber, daß die Interessen der organisierten Arbeiter vernachlässigt werden. Mit richterlichen Einhaltsbefehlen gegen Streikende würde Mißbrauch getrieben, das Achtstundengesetz für Regierungsarbeiten wurde oft verletzt und die Ausschließungsbestimmungen gegen die Chinesen zugunsten von Kapitalisten sehr lax gehandhabt.

Roosevelt antwortete in einer wenig entgegenkommenden Weise und erklärte, daß er die Klagen der Arbeiter für unbegründet halte. Diese Antwort bestimmte bei den Arbeitern sehr, und es dauerte nicht lange, da sandte Roosevelt einen Brief an den Arbeiterbund mit dem Ersuchen, ihm eine Liste der Klagen und Gesetzesverletzungen zuzustellen. Er versicherte zugleich, daß er den Bestrebungen der organisierten Arbeiter die größte Sympathie entgegenbringe.

Zu amerikanischen Arbeiterbund sind, wie schon gemeldet, Stimmen laut geworden, eigene Kandidaten für den Kongreß aufzustellen. Ein anderer Vorschlag, der mehr Aussicht auf Durchführung besitzt, ist der: unter den Kandidaten der alten Parteien eine Auswahl dahin zu treffen, welche zu unterstützen, welche zu bekämpfen seien. Der sich als Arbeiterfreund bemerkbar machte, der solle natürlich keine Unterstützung erhalten, und man nimmt an, daß er dann auch nicht gewählt werden könne. Das ist die schon öfter angewandte, sehr beliebte, aber stets erfolglos gebliebene Politik der konservativen Arbeiterführer, die von den sozialistischen Mitgliedern des Arbeiterbundes heftig bekämpft wird. Die Notwendigkeit, sich selbstständig an der Politik zu beteiligen, wird immer dringender und ist durch den Erfolg der englischen Arbeiter noch mehr in den Vordergrund gedrängt worden, wenn auch der alte Grundsatz „Keine (politische) Politik in den Gewerkschaften“ in amerikanischen Arbeiterbünde noch zahlreiche Anhänger zählt.

## Parlamentarisches.

### Nachsteuerung der Ladenhüter — Erbschaftsteuer.

Die Finanzreformkommission wurde gestern von der Rogelkoalition mit einem ganz neuen Antrag zu dem, die Uebergangsbestimmungen enthaltenden § 26 der Zigarettensteuervorlage überreicht. Um mit einemmal „reinen Tisch zu machen“ wie Feld (nat.) erklärte, hat die Koalition alle Schwierigkeiten dadurch beseitigt, daß sie den ganzen § 26 über Bord wirft und dafür zu setzen beiträgt:

„Verkäufer und Händler haben die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes in ihrem Besitze befindlichen Vorräte an Zigarettentabak, Zigaretten, Zigarettenhilfen und -Blättern unter Angabe des Kleinverkaufspreises des Zigarettentabaks und der Zigaretten, sowie der Stückzahl der Hilfen und Blätter innerhalb acht Tagen dem zuständigen Steueramt anzumelden und nach den Sägen des § 2 zu versteuern. Ob die Waren in- oder ausländischer Herkunft sind, bleibt dabei unberücksichtigt. Die erfolgte Versteuerung wird durch Anbringung von Steuerzeichen an den Packungen kenntlich gemacht. Gegen Sicherheitsbestellung ist die Steuer für eine Frist von drei Monaten zu sünden.“

Trotzdem unsere Genossen Geher, der diese Bestimmung als „eine neue Verurteilung zur Erdrosselung des Kleinhandels“ bezeichnete, Singer, der namentlich gegen die Einführung des Prinzips der Nachsteuerung in diese Steuergesetze protestierte, und Albert die geschäftsschädigende Wirkung dieser Maßnahme scharf kritisierte, ließ sich die Mehrheit dadurch nicht beirren, sondern nahm den Antrag, den Müller-Sulda (Z.) als eine weitgehende Milde bezeichnete, an. Die Frist wurde von 3 auf 6 Monate verlängert.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde sodann auf Antrag Singers eine Redaktionskommission gewählt, welche die Beschlässe der zweiten Lesung einer Prüfung unterziehen und sobald sie materielle Abänderungen für notwendig erachtete, darüber Bericht erstatten soll, um alsdann eventuell weitere Beschlässe der Gesamtkommission herbeizuführen.

Hierauf wurde in die zweite Beratung der Kommissionsbeschlässe erster Lesung zu der Erbschaftsteuer und den dazu gestellten neuen Anträgen eingetreten. Sozialdemokratischerseits ist der schon in der ersten Lesung gestellte Prinzipalanspruch auf Versteuerung der Nachlassmasse mit einigen Abänderungen wieder eingebracht und dazu für den Fall der Ablehnung der Eventualantrag, der sich den Kommissionsbeschlässe im Prinzip anschließt, aber die Steuer auf Ehegatten und Kinder ausdehnt, auch im Prinzip der Progression weiter geht wie der Regierungsvorschlag und die Kommissionsbeschlässe.

Begründet wurden unsere Anträge in eingehender Weise vom Genossen Bernstein und vom Genossen Singer gegen die Angriffe von allen Seiten energisch verteidigt.

Bemerkenswert sind die Äußerungen der Konservativen Dietrich und Graf Kanig, die eifrig bestrebt sind, die Ertragnisse aus diesem Gesetz möglichst herunter zu drücken. Dietrich äußerte sich dahin, daß die Kommission ja „einen erheblichen Vorrat an Steuern“ beschafft habe und Graf Kanig, der das Erbschaftsteuergesetz als „Rotbeißel“ bezeichnet im Gegenfatz zu Dr. Becker, der es das Mähdraht genannt hatte, trat lebhaft für seinen Antrag ein, die Steuer von 4 Proz. auf 3 Proz. herabzusetzen. Auch Herald vom Zentrum wuß den Antrag der Erbschaftsteuer nach Möglichkeit herunter zu drücken. Er einführte ihm in der ersten Lesung das Geständnis, daß das Kompromiß in der ersten Lesung fast ohne Heberlegung in einhalbstündiger Beratung zustande gekommen sei.

Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, da um 1 Uhr noch fünf Redner eingetragten waren. Die Fortsetzung der Beratung erfolgt am Dienstag.

Die Budgetkommission beendete gestern die Vorbereitungen des Etats. Am Dienstag soll die Vorberatung des Militärpensionsgesetzes beginnen.

## Aus der Partei.

**Gemeinderatswahlfrage.** In Talsdorf bei Duerfurt (Provinz Sachsen) wurden je ein Genosse in der dritten und in der zweiten

Klasse gewählt. In der ersten Klasse kommt ein Genosse mit zwei Stimmen gegen einen Bürgerlichen mit drei Stimmen in die Stichwahl, ein zweiter Bürgerlicher erhielt eine Stimme. Die dritte Klasse ist jetzt völlig im Besitz der Partei.

In Webaun und in Frohe (Provinz Sachsen), sowie in Groß-Rosen und Oberlangendels (Schlesien) wurde je ein Genosse gewählt.

**Ein billiger Vorschlag.** In Liebertsdorf (Provinz Sachsen) hatten die Genossen den Schuldirektor Meißner, der in der Schule gegen die Sozialdemokratie losgehoben ist, eingeladen, in einer Versammlung sein Herz über die geborgene Partei auszusprechen. Der Herr erklärte sich dazu scheinbar bereit, da ihm aber offenbar bei der Beschäftigung nicht gebuehr ist, so stellt er eine Reihe von Bedingungen, deren schönste die folgende ist:

Als Honorar verlange ich 1000 Mark, die Sie beim königlichen Amtsgericht oder auf hiesigem Gemeindeamt zunächst zu deponieren hätten. Diese 1000 M. werden von mir dem hiesigen Vaterländischen Verein überwiesen und müssen verwendet werden zu wirksamer Bekämpfung der Sozialdemokratie einmal, und dann zur Unterstützung armer Arbeiterfrauen und Kinder, deren Versorger durch die Sozialdemokratie irreföhrt und dann von derselben treulos im Stich gelassen worden sind.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Versammlungsverbote in Preußen.** Sehr wenig orientiert über ihre Befugnisse auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts scheint die Polizeiverwaltung des guten bormpommerschen Städtchens Tribsees zu sein, wo in letzter Zeit sozialdemokratische Agitation das kleinstädtische Stilleben unangenehm gestört hat. Dem Einberufer der März-Protessversammlung ging folgender Ullas zu:

Magistrat Tribsees. Tribsees, den 18. März 1906. Die von der hiesigen Zweigstelle des Verbandes der Maurer Deutschlands auf heute nachmittags 3 Uhr in das Holzische Lokal hier selbst einberufene öffentliche Protessversammlung wird auf Grund des § 10 Tit. 17 Teil II Allgemeinen Landrechts hienmit verboten, weil ausweislich des gestern hier verbreiteten Flugblattes in dieser Versammlung schon wieder ein auswärtiger Agitator — wie nach dem Thema:

„Große Protessversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen.“

angesprochen ist — in aufreizender Weise referieren wird, nachdem erst durch die am 21. Januar d. J. in ebendieselben Lokale stattgehabte sozialdemokratische Protessversammlung, in welcher gleichfalls ein auswärtiger Agitator eine Hetzrede gehalten hat, die Gemüter der hiesigen nicht sozialdemokratischen Bevölkerung in Aufregung versetzt worden sind, durch solche fortgesetzten aufreizenden Reden auswärtiger sozialdemokratischer Agitatoren aber die öffentliche Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt gefährdet erscheint.

**Tagesordnung:** Die bürgerliche Revolution von 1849 — 1849 und das preussische Dreiklassenwahlrecht.

Referent Dr. Kay zweifellos anzunehmen ist — in aufreizender Weise referieren wird, nachdem erst durch die am 21. Januar d. J. in ebendieselben Lokale stattgehabte sozialdemokratische Protessversammlung, in welcher gleichfalls ein auswärtiger Agitator eine Hetzrede gehalten hat, die Gemüter der hiesigen nicht sozialdemokratischen Bevölkerung in Aufregung versetzt worden sind, durch solche fortgesetzten aufreizenden Reden auswärtiger sozialdemokratischer Agitatoren aber die öffentliche Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt gefährdet erscheint.

**Die Polizeiverwaltung.**

Herr Dr. Kluge dürfte von seinen Vorgesetzten darüber belehrt werden, daß in Preußen so etwas wie ein Vereins- und Versammlungsrecht besteht:

In Gräbchen bei Breslau ist eine Versammlung verboten worden, weil das Lokal in Sanitäts-, sowie feuer- und sonstiger Sicherheitspolizeilicher Hinsicht den Ansprüchen des Amtsvorstehers nicht genügt. Am 18. März fanden in dem Lokal mehrere öffentliche Versammlungen ungehindert statt.

**Presseprozeß.** Der Redakteur der bürgerlichen „Vaterzeitung“, Genosse Jöhner, wurde wegen Verleumdung eines Gemeindevorstands zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

**Immer noch Nachspiele zum roten Sonntag.** In Münster wurden drei Genossen aus Haltern vom Schöffengericht wegen Verbreitung des Bahnlugblatts zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt, obgleich die polizeilichen Zeugen kein stichhaltiges Belastungsmaterial liefern konnten. Ebenso erging es zu Sandau (Provinz Brandenburg) zwei Genossen aus Rathenow. Sie sollten angebliche Verleumdung des Sonntags mit je 10 M. büßen. Wegen beide Urteile ist Berufung eingelegt worden.

Freigeiprochen wurde zu Merseburg ein Flugblattverbreiter.

## Erdrosselung der freien Hilfskassen und freie Bahn für Schwindelkassen!

Die Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines Gesetzes über die Hilfskassen beendete gestern ihre erste Lesung. Hatten im Plenum alle Parteien sich gegen das Gesetz erklärt, so änderte sich das Bild in der Kommission von Sitzung zu Sitzung. Bekanntlich schlägt der Entwurf vor, das Hilfskassengesetz aufzuheben und die Hilfskassen als Vereine dem Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 zu unterstellen. Die Mehrheit der Kommission hielt es für ratsam, zunächst festzulegen, welche Bestimmungen des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen für das Fortbestehen der Hilfskassen unbedingt auszuwählen sind. Unsere Genossen Frähdorf, Lesche und Stadthagen legten dar, daß der eingeschlagene Weg völlig ungeeignet zur Bekämpfung der Schwindelkassen oder zur Aufrechterhaltung oder Förderung der sozialen Zwecke der Hilfskassen sei, democh würden sie sich an der Beratung und Beschlußfassung beteiligen und eventuell für die zweite Lesung Vorschläge zur wirklichen Bekämpfung der Schwindelkassen stellen. Dementsprechend handelten sie. Die Annahme, daß die bürgerlichen Parteien ihren im Plenum gehaltenen Darlegungen entsprechend, die Hilfskassen vor Willfür schützen würden, wurde durch ihre Stellung gründlich zerstört. Von Sitzung zu Sitzung offener wurde, daß der Zweck des Gesetzes im Sinne der bürgerlichen Parteien keineswegs auf Schließung gegen Schwindelkassen gerichtet ist, sondern auf Erdrosselung der Hilfskassen und daß das Gesetz eine Ummantelung zur Verneinung des Restes von Selbstverwaltung der Ortsrentenkassen sein soll. Nur einige Punkte mögen zur Illustration des Borgehens der Mehrheit angeführt werden.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, insbesondere Lesche, legten dar, daß eine Reihe von Schwindelkassen also operieren: zunächst lassen sie sich die Versicherungsgelder des Krankenversicherungsgesetzes geben; dann ändern sie die Statuten zugunsten der Mitglieder; man müsse in solchen Fällen die Versicherung wieder zurücknehmen können. Die Mehrheit anerkannte diesen Mangel, lehnte aber einen auf Beseitigung dieses offensichtlichen Schwindelmaßes abzuleitenden Antrag ab. Der Vorsitzende, Generalsabgeordneter Trimborn, verfocht — auf die zweite Lesung! Ferner: die sozialdemokratischen Mitglieder wiesen darauf hin, daß insbesondere nach Erlass des Krankenversicherungsgesetzes die Ueberlieferung über das, was Rechtens sein soll, so unüberwindlich sei, daß niemand die Tragweite der einzelnen Vorschriften übersehen könne. Es möge doch die Regierung vor Beginn der zweiten Kommissionslesung ein Normalstatut vorlegen. Abg. Trimborn verfocht auf solch Normalstatut — nach Schluß der zweiten Kommissionslesung!

Dabei wimmelt der Entwurf von technischen Unzulänglichkeiten, Unklarheiten und Unsicherheiten, wie sie besser ein auf Vertagung von Behördewillkür und Gründung von Schwindelkassen abzuleitendes Gesetz nicht schaffen könnte.

Die Karten der Mehrheit wurden in der gestrigen Sitzung offen gelegt. Die Sozialdemokraten beantragten, das Hilfskassengesetz abzuleitend zu lassen und lediglich § 30, der die Anwartschaftskassen und sonstigen rüchändigen landesgesetzlichen Kassen ausreißt, zu streichen. Die Kommission stimmte gegen die Sozialdemokraten indes für Aufhebung des gesamten

Hilfskassengesetzes. Der „freisinnige“ Abgeordnete Dingeldein hielt sich der Stimme.

Nummer 152 von Trimborn vor, schleunigt, spätestens heute die zweite Lesung zu beginnen. Die Sozialdemokraten beantragten, zunächst den Interessenten Gelegenheit zur Äußerung zu geben und die Sitzungen erst am 21. April wieder aufzunehmen. Was für alle anderen Interessententeile als billig erachtet ist, vor der Einbringung des Entwurfs und während aller Vorbereitungsstadien Gelegenheit zur Äußerung zu haben, müsse doch dem Mittelstand und Arbeiter gegenüber wenigstens, soweit dies der Reichstag in der Hand hat, gewährt werden. Die gesamten sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder stimmten gegen diesen Vorschlag und legten die zweite Lesung bereits auf Montag an!

Alle aus Arbeiterkreisen der verschiedensten Richtungen eingelaufenen Petitionen haben um Ablehnung der Vorlage gebeten. Der Scharfmacherverband hingegen hat um Annahme ersucht — das reicht vorab zur Klärung der Stellung der bürgerlichen Parteien hin.

Durch Annahme der Vorlage, auf die wir noch später eingehen werden, wurde das Hilfskassenwesen auf dieselbe Lage zurückgeworfen, in der es sich vor 1869 in Preußen befand.

Der Entwurf, wie ihn die Kommission gestellt hat, lautet wie folgt (die Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf sind durch Sperrdruck kenntlich gemacht):

### Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen.

§ 1. Das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen (Reichsgesetz 1876 S. 123, 1884 S. 54) wird aufgehoben.

§ 2. Im § 122 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen (Reichsgesetz 1901 S. 139) fallen die Worte: „die auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 (Reichsgesetz S. 123) in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1894 (Reichsgesetz S. 54) errichteten Kassen.“ fort.

Der § 122 daselbst erhält folgenden zweiten Absatz: „Die beteiligten Landesregierungen können bestimmen, daß und von welchem Zeitpunkt ab auch die im Abs. 1 bezeichneten, auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen, und die zur Durchführung der Anordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen.“

§ 3. Die Vorschriften der Reichs- und Landesgesetze, die sich auf die eingeschriebenen Hilfskassen und deren Mitglieder beziehen, gelten für die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die zum Betriebe der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit befugt sind, und für deren Mitglieder.

Jedoch sind die Mitglieder der im Absatz 1 bezeichneten Versicherungsvereine von der Verpflichtung, der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenasse anzugehören, nur dann befreit, wenn die Satzung außer den Bestimmungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes den nachstehenden Anforderungen genügt:

1. Der Beitritt darf von der Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Beteiligung für sämtliche Mitglieder bei Errichtung des Versicherungsvereins durch die Satzung vorgegeben ist. Im übrigen darf den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Zwecke des Versicherungsvereins in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.

2. Als Krankenunterstützung dürfen den Mitgliedern nur Krankengeld, ärztliche Behandlung, Arznei und andere Heilmittel, Verpflegung in einem Krankenhause sowie die geeigneten Mittel zur Erleichterung der ihnen nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel gewährt werden. Auch darf die Krankenunterstützung an Wöchnerinnen sowie eine Schwangerschaftsunterstützung gewährt und die Gewährung ärztlicher Behandlung, von Arznei und sonstigen Heilmitteln auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. Den Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder darf ferner eine Beihilfe gewährt werden, welche das Mitglied der wackersten Unternehmung, auf welche das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht überschreitet.

3. Zu anderen Zwecken als den in Nr. 2 bezeichneten Unterstützungen und der Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen des Versicherungsvereins erfolgen.

4. Dem Vorstand und dem Aufsichtsrate dürfen nur volljährige und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mitglieder angehören; auch dürfen nur solche Mitglieder im obersten Organe (Versammlung von Mitgliedern oder von Vertretern der Mitglieder) ein Stimmrecht ausüben.

5. Wegen Ueberschreitung der Altersgrenze, über welche hinaus nach Bestimmung der Satzung Mitglieder nicht aufgenommen werden, und wegen Veränderung des Gesundheitszustandes, von welchem nach Bestimmung der Satzung die Aufnahme abhängig ist, darf der Austritt nicht erfolgen.

Wegen des Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine können Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, wenn sie dem Versicherungsvereine bereits zwei Jahre angehört haben. Erfolgt ihre Anschließung vor Ablauf dieser Zeit, so haben sie mindestens Anspruch auf Ertrag des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes.

Die Befreiung von der Verpflichtung der Gemeindekrankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenasse anzugehören, ist ferner davon abhängig, daß dem Versicherungsvereine eine Versicherung gemäß § 76 a des Krankenversicherungsgesetzes erteilt ist, welche sich zugleich darauf erstreckt, daß die Satzung dieses Vereins den Anforderungen des Abs. 2 Nr. 1 bis 5 entspricht.

§ 3a. (Neu.) Versicherungsvereine der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Art, deren Leistungen sich innerhalb der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Grenzen halten, sind, sofern nicht auf ihren Antrag von der Aufsichtsbehörde anders bestimmt wird, als kleinere Vereine (§ 53 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901, Reichsgesetzblatt S. 139) anzuerkennen.

§ 3b. (Neu.) Die Kasse kann für bestimmte Bezirke örtliche Verwaltungseinheiten (Abteilungen, Zweigvereine) errichten.

Die Befugnisse und die Verfassung der örtlichen Verwaltungseinheiten (Abteilungen, Zweigvereine) werden durch Statut geregelt.

§ 3c. (Neu.) Die §§ 11, 12 und 115 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen finden auf die in diesem Gesetze genannten Kassen keine Anwendung.

§ 3d. (Neu.) Die Versicherungsvereine im Sinne des § 3a dieses Gesetzes haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzusammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

So lange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Zehntel des Jahresbetrags der Mitgliederbeiträge zuzuführen.

§ 3e. (Neu.) Eine Vereinigung mehrerer Kassen zu einem Verbandsverband gegenseitiger Anstöße im Sinne des § 46 Ziffer 1 bis 4 des Krankenversicherungsgesetzes, kann unter Zustimmung der Generalversammlung der einzelnen Kasse und auf Grund eines schriftlichen Statuts erfolgen.

§ 4. Versicherungsunternehmen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen oder beim Inkrafttreten einer für sie gemäß § 2 Abs. 2 erlassenen Bestimmung als auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtete Hilfskassen zum Geschäftsbetriebe befugt sind, bedürfen zur Fortsetzung ihres Geschäftsbetriebes in den bisher durch die Zulassung gestatteten Grenzen keiner Erlaubnis nach Maßgabe des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen.

§ 5. Die einer Versicherungsunternehmen als eingeschriebener Hilfskasse auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ausgeschiedene Bescheinigung kann widerrufen werden, wenn die Versicherungsunternehmen in den Bestimmungen des § 3 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 negativen Voraussetzungen nicht mehr entspricht und der Auflage der Aufsichtsbehörde, diesem Mangel abzuheben, innerhalb

ber gesehen auf mindestens 6 Wochen zu bemessenden Frist nicht nachkommen ist. Alle Bescheinigungen der bezeichneten Art verlieren am 1. Januar 1908 ihre Gültigkeit, sofern sie nicht nach der Verkündung dieses Gesetzes von neuem erteilt worden sind.

§ 6. Versicherungsunternehmungen, die beim Inkrafttreten einer für sie gemäß § 2 Abs. 2 erlassenen Bestimmung als auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtete Hilfskassen zum Geschäftsbetriebe befugt sind und sich im Besitz einer amtlichen Bescheinigung gemäß § 75a des Krankenversicherungsgesetzes befinden, unterliegen nicht der Vorschrift des § 3 Abs. 2 und 3. Die Bescheinigung ist jedoch zu widerrufen, sofern bei Veränderung ihrer Satzung darin eine dem Abs. 2 Nr. 1 bis 5 daselbst zuwiderlaufende Bestimmung neu aufgenommen wird.

## Gewerkschaftliches.

### Christliche „Selbstsucht“.

Ueber ein neues Stück christlicher Arbeiterinteressenvertretung macht Genosse Redakteur Wilmann, der als Vertreter des Bergarbeiterverbandes in Courrières weilte, interessante Mitteilung. Der christliche Gewerkschaftsverein hatte den Redakteur des „Bergknappen“, Kurup, nach Courrières entsandt. Und was machte der Arbeiterführer dort? Er begab sich zu dem Organisator der „gelben“ Streikbrecherbände, dem bekannten Monsieur Cotton. Vielleicht hat Kurup dort nützliche Dienste geleistet. Ein ultramontanes Blatt schrieb:

„Die Katastrophe hat Gott gewollt. Krieg, Pest, Ueberschwemmung, Erdbeben usw. sind Strafen Gottes, um die Menschen für ihre Gleichgültigkeit und Missetaten zu bestrafen.“

Und Cotton erlebte einen Aufruf, in dem er seine christlichen Gefühle bekundete; er demonstrierte gegen den Streik und reproduzierte folgenden Brief an das Ministerium:

„Revolutionäre Banden suchen die freie Arbeit zu hindern. (111) Im Namen unserer 6000 Mitglieber bitten wir den Minister, die Arbeiter zu schützen, die gewillt sind, zu arbeiten. Wir wollen keinen Streik. Hochachtung Cotton.“

Und Herr Kurup kehrte nach dem Besuche bei Cotton nach Deutschland zurück! Er hatte nach seiner Weise Arbeiterinteressen vertreten.

### Berlin und Umgegend.

#### Streikbeschluss der Berliner Maler und Anstreicher!

Die geheime Abstimmung der am Donnerstag in der „Neuen Welt“ abgehaltenen Massenversammlung der Maler und Anstreicher über die sofortige oder spätere Arbeitsniederlegung hat laut Auszählung das voranzusehende Resultat ergeben. Demnach ist mit erdrückender Majorität beschlossen worden, am Montag, den 2. April in den Streik zu treten.

Von circa 6000 an der Abstimmung beteiligten Mitgliedern des Malerverbandes haben  $\frac{2}{10}$  für die Arbeitsniederlegung gestimmt. Somit beginnt am Montag ein Lohnkampf, wie er im Berliner Malergewerbe bisher noch nicht zu verzeichnen war. In Betracht kommen für das gesamte Lohngebiet Berlin rund 8000 Maler und Anstreicher.

Der Malerverband resp. dem Arbeitgeberverbande scheint der Streikbeschluss schon jetzt arge Verleumdungen zu verursachen. Eine solche Sinnlosigkeit unter „ihren“ Arbeitern hatten die ehrlichen Meister offenbar nicht erwartet. Sie haben sich denn auch bereits dahin geäußert, daß ihnen als einziges Mittel gegen die Streikenden nur die Heranziehung von Arbeitswilligen bleiben würde. Um dies „einzigste Mittel“ nach Möglichkeit in Anwendung zu bringen, hat die Innung mehrere Tausend Mark ausgeworfen, damit in den bürgerlichen Zeitungen aller Teile Deutschlands, besonders aber in der Arbeiterpresse nach arbeitswilligen Malergehilfen annoncirt werden kann. Vor allem gebeten die Herren, alle verfügbaren Malergehilfen aus den östlichen Provinzen nach Berlin zu locken, indem sie ihnen einen Stundenlohn von 65 Pf. versprechen, während sie den Berliner Anstreichern — und das ist die große Mehrheit der im Malergewerbe beschäftigten Arbeiter — nur einen Minimallohn von 55 Pf. zahlen wollen. Bei den eigenartigen Verhältnissen im Berliner Baubereich kann den auswärtigen Malergehilfen in ihrem eigenen Interesse während des Streiks nur auf das dringendste von einer Fahrt nach Berlin abgeraten werden. — Die gesamte Arbeiterpresse Deutschlands wird daher ersucht, auf den Berliner Malerstreik aufmerksam zu machen und die Malergehilfen allerorts vor Zugang nach Berlin zu warnen.

Zur Lohnbewegung in den Berliner Handelsgärtnerien. Am Donnerstag fand bei Dörfels, Neue Friedr.straße, eine große öffentliche Gehilfenversammlung statt, in der die Lohnkommission einen Bericht gab über den bisherigen Verlauf der Streikbewegung. Die Rindigungen zum 1. April sind von einigen unzumutbaren Ausnahmen abgesehen, durchgehend geschlossen erfolgt. Bewilligt haben die Forderungen bisher eine nur geringe Anzahl von Betrieben, dagegen sind fast alle anderen und teils verhältnismäßig erhebliche Lohnaufbesserungen erfolgt. Da die allgemeine Lohnaufbesserung der Hauptzweck der gegenwärtigen Bewegung ist und bei vielen Unternehmern die Gerechtigkeit besteht, den geforderten Mindestlohn von 22 Mark pro Woche anzuerkennen, wenn die erst aus der Lehre Gehommenen davon ausgenommen werden, so einigte sich die Versammlung zu folgendem Beschlusse: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlage der Lohnkommission einverstanden, Betriebe, in denen den jüngeren Gehilfen im ersten und zweiten Gehilfenjahre als Mindestlohn 20 Mark pro Woche gezahlt wird, als geregelt zu erklären. Die Versammelten verpflichten sich, in diesem Sinne mit allem Nachdruck für die Durchführung der Forderungen einzutreten und dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben, wo dies nicht bewilligt wird, am 1. April geschlossen die Arbeitsniederlegung erfolgt. Die Versammelten appellieren an alle diejenigen, die bisher ihrer Pflicht noch nicht nachgekommen sind, dieses umgehend nachzugehen. Der Lohnkommission wird der Auftrag erteilt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur energischen Durchführung der Forderungen für notwendig erachtet.“

### Ein christlicher Arbeitgeber.

Der Streik der Hausdiener bei der Postlieferanten-Firma Heintz Jordan in der Markgrafenstr. 104-107 dauert ununterbrochen fort. Von den Ausführenden ist niemand abstrännig geworden. Die Inhaber der Firma, welche mehrere Arbeitsnachweise in Anspruch nahmen, mußten erfahren, daß Streikbrecher für ihre Haus nicht zu finden waren. Man benutzte alsdann die Presse vom Schlage Scherl usw. Hier fanden sich dann auch sogenannte nützliche Elemente, die ihren Arbeitsbrüdern in den Häfen hielten. Bieweil die Firma mit diesen Streikbrechern kommen wird, mag die Zeit lehren. Die Firma hat auf die Flugblätter hin, in denen die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschildert werden, im „Lokal-Anzeiger“ die Löhne der Diener veröffentlicht. Es heißt da unter anderem, daß an Lohn 90-130 M. gezahlt werden. Die Firma verzog aber anzugeben, wann diese Löhne erreicht werden! Bis dahin hatten eine Anzahl Diener trotz ausgedehntester und jahrelanger Tätigkeit nur 60 bis 85 M., ja sogar bei einer Beschäftigungsdauer von 10, 15 und 20 Jahren und darüber hinaus nur so geringe und schmale 100 bis

105 M., wovon noch Abzüge verschiedener Art gemacht wurden. Bieweil die Nächstenliebe der Postlieferantenfirma geht, war am besten daraus zu ersehen, daß man die Verhandlungen, welche die Kommission erbeten hatte, ungeniem lange hinausjog. Welcher Art die sogenannten Zugeständnisse sind, geht am besten daraus hervor, daß man den Anfangslohn, trotz der Forderung, woran ja die Arbeiter nicht schuld sind, auf 85 M. pro Monat für Entlassene vom Militär und 90 M. für Hausdiener festsetzen wollte, welche mindestens zwei Jahre in ähnlichen Geschäften tätig waren und dieses durch gute Zeugnisse nachweisen müssen. 95 M. wollte man nach dreijähriger Tätigkeit, 100 M. nach sechs Jahren und 105 M. nach zehn Jahren zahlen und eventuell mehr, wenn normalerweise ein Hausdiener länger über den Jordan ist. Die Hausdiener, welche mit diesen Zugeständnissen nicht zufrieden sein konnten, ersuchten nunmehr die Vereinsleitung, bei der Firma vorstellig zu werden. Herr Fritz Jordan erklärte dieser gegenüber: Ich verhandle mit beiden Herren nicht! Sprach's und verschwand. — Nach diesem Vorkommnis war der Streik unvermeidlich. Die Inhaber der Firma scheinen zu vergessen, daß sie das Geld auch von Steuergrößen ganz gern einheimen, desgleichen von den Steuergrößen der Arbeiter Riensaufträge für Afrika ausführen, woran Abertausende verdient werden, auch zu Illuminationszwecken genug übrig bleibt, während man für die Angestellten ein soziales Empfinden nicht besitzt. Den Berufsgeossen rufen die Streikenden zu: Meidet diesen Betrieb und übt Solidarität!

**Eine neue Lohnbewegung der Barberie steht bevor.** Die Barber- und Friseurgehilfen hielten am Donnerstag in den Vororten von Berlin sechs Versammlungen ab. In allen Versammlungen wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Lohnbewegung der Gehilfen von Seiten der Arbeitgeber ausgegangen wurde. Eine herbe Kritik wurde auch an dem Rost- und Logiswesen geübt und für die Befreiung desselben besonders Propaganda gemacht. In Erwägung dessen, daß die Erfolge der vorjährigen Lohnbewegung durch die Arbeitgeber illusorisch gemacht werden sollen, verpflichteten sich die Versammelten, für die diesjährige Lohnbewegung einzutreten und für Durchführung derselben Sorge zu tragen.

### Deutsches Reich.

#### Eine Nachtprobe des Unternehmertums in Hannover.

Hannover, 29. März. (Fig. Ber.) Aus dem Streik und der Kündigung der 2000 Formler und Bieherarbeiter in den 23 Maschinenfabriken Hannovers hat das organisierte Unternehmertum mit einer den Kapitalisten eigenen Virtuosität glücklich eine „Nachtprobe der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiter“ hervorgezaubert. In kapitalistischen Blättern verbreitet die ihre Aktionäre mit 25 Proz. Dividende legende Maschinenfabrik vorm. Georg Eggestorf in Hannover-Linden folgende Mär:

Die Werke haben eine Verhandlung mit der Organisation abgelehnt, sich aber bereit erklärt, mit den Arbeitern ihrer Werke zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen stellte sich heraus, daß den Forderungen, welche die Organisation aufgestellt hatte, in den Betrieben fast durchweg schon Rechnung getragen ist oder doch seitens der Werke die Zustimmung gegeben wurde, daß denselben in weitestgehender Weise entgegenkommen werden würde, sodas seitens der Arbeiterkommissionen, welche die Verhandlungen mit den Werksleitungen führten, wiederholt konstatiert wurde, daß eine Differenz eigentlich überhaupt nicht existiere.

Man muß die Arbeiter schon für Idioten halten, wenn man glauben will, daß sie wirklich ohne „Differenz“ mit den Unternehmern in den Streik eintreten würden. Was die Unternehmer schreiben, ist eben völlig unwahr, denn alle Forderungen sind (oftmals nicht ohne höhniische Bemerkungen) abgelehnt worden. Die Hauptsache war der Lohn und da schreibt die genannte Fabrik selbst: „Eine Forderung wurde von allen Werken übereinstimmend abgelehnt, und das ist die Forderung der Garantie eines Mindestlohnes für jeden Bieherarbeiter bezw. Formler ohne Berücksichtigung seiner Arbeitsleistung. Den Arbeiter nach Altersstufen zu honorieren, und hierfür eine Garantieleistung zwischen den Werksleitungen und der Arbeiterschaft des Werkes schriftlich zu vereinbaren, konnte unter keinen Umständen bewilligt werden.“

Warum unter keinen Umständen? Nun, die Unternehmer wollten nach bewährtem Muster „Zusicherungen“ geben und diese wie gewöhnlich nicht halten. In dieser Beziehung haben die Metallarbeiter Hannovers schon deraut trübe Erfahrungen gemacht, daß ihnen nicht mehr zugemutet werden konnte, sich noch einmal darauf einzulassen. Und im übrigen ist gar nichts „zusichernd“ worden. Leere Redensarten hatte man für die Arbeiter übrig gehabt, aber sonst nichts. Der Streik ist wirklich nicht grundlos begonnen.

Kunmehr richtet sich das übermäßige Kapital zur Nachtprobe! Am 9. April sollen die Fabriken „stillgelegt“ werden! 15000 Arbeiter werden — lehrt nicht noch die Vermunft bei den projektierten Unternehmern ein — an diesem Tage auf Straßenpflaster fliegen! Ein Riensaufschlag, der mindestens den zehnten Teil der Einwohnerschaft Hannover-Lindens direkt in Mitleidenschaft zieht, existenzlos macht.

Außer in der Metallindustrie ist auch in der Textilindustrie ein Kampf entbrannt. 800 Arbeiter der Mechanischen Weberei, einem Betriebe von 1500 Arbeitern, haben die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die Lohnforderungen rundweg abgeschlagen sind. — Die Stellmacher sind in einer Zahl von etwa 300 in den Streik getreten. — In der Continental-Kautschuk- und Guttapercha-Compagnie, dem weltbekanntesten Betriebe, der 40-50 Proz. Dividende verteilt, deren Aufsichtsräte ein jeder jährlich 50 000-70 000 Mark Zantiemen erhalten, befinden sich die Maschinenisten und Feizer um geringer Lohnforderungen seit Wochen im Kampfe. — Ein weiterer Kampf besteht in der Zigarettenfabrik von Konstantin. Gefordert wird hier Wiedererstellung der Gewahrgeltem, Anerkennung des Fabrikausflusses, Anerkennung des Verbandes und noch zwei weitere unbedeutendere Punkte. — Nach der bisherigen Haltung der Unternehmer wird es auch in den Tischlereibetrieben zu einem Kampfe kommen. — Die Brauereiarbeiter haben Forderungen gestellt, die Schuhmacher verhandeln mit den Arbeitgebern und noch einige weitere Verufe planen die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Das Proletariat Hannovers geht härteren Kämpfen entgegen. Es steht einem in felsen Organisationen zusammengefloßenen Unternehmertum gegenüber, aber auch die Arbeiterorganisationen sind derart gefestigt, daß die Arbeiterschaft allen Ereignissen mit stähler Ruhe, mit Selbstvertrauen und Energie entgegensehen kann.

### Ausland.

#### Bierhunderttausend freilebende Kohlenräuber!

Aus Indianapolis meldet ein Telegramm vom gestrigen Tage: Der Kohlensta-Krausch der Anthrazitlohlen-Arbeiter hat oblige Einstellung der Gewerkschaft in den Anthrazitlohlenbetrieben vom 2. April an angeordnet und an die Grubenbesitzer telegraphiert, daß er mit ihnen am 8. April in New York zur weiteren Erörterung der Lohnkllala zusammenzutreten wolle. Dieser Schritt deutet auf die Absicht gleichzeitiger Ausstände der Arbeiter in den Anthrazit- und Weichkohlenfeldern, der direkt oder indirekt 150 000 organisierte Anthrazit- und 260 000 organisierte Weichkohlen-Bergleute umfassen würde. Die Weichkohlengrubenbesitzer, die sich der Lohnherhöhung widersetzt haben, beschloßen, den Präsidenten Roosevelt zu ersuchen, eine Untersuchung über die Lage anzustellen.

## Zur Nachwahl im 34. Kommunal-Wahlbezirk.

Die Genossen der Schönhauser Vorstadt hatten zu gestern abend nach den „Verolinaläden“ eine gut besuchte Kommunalwähler-Versammlung einberufen, um zu der Neubewegung des durch den Fortzug des Genossen Kamlow freigewordenen Stadtverordnetenmandats Stellung zu nehmen. Nach einem sehr befallig aufgenommenen programmatischen Vortrage des Genossen Dr. Wiel über die kommunalpolitischen Aufgaben der sozialdemokratischen Partei wurde von der Versammlung einstimmig der Genosse Theodor Fischer als Kandidat für den Bezirk aufgestellt. In einer Schlussansprache ermahnte Johann der Vorsitzende Marx zu reger Agitation unter der Arbeiterschaft, damit am 6. April das Mandat als alter Besitzstand der Partei nicht nur erhalten, sondern mit einer möglichst großen Stimmzahl behauptet werde. Ob die Freisinnigen überhaupt einen Gegenkandidaten aufstellen werden, steht noch dahin.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Stichwahl im Wahlkreise Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 30. März. (W. Z. B.) Bei der heutigen Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Kaiserslautern-Kirchheimbolanden erhielt der „Näzische Briefe“ zufolge, Bürgermeister Schmidt-Obernheim (natl.) 12 064 und Klement (Soz.) 9515 Stimmen. Ersterer mithin gewählt.

### Eisenbahnunglück.

Hannover, 30. März. (W. Z. B.) Amtliche Meldung. Auf Bahnhof Seelze der Strecke Hannover-Bunstorf ist gestern nacht Güterzug 6001 bei der Durchfahrt auf den Infolge Nachlässigkeit beim Ausweichen von Wagen in Richtung auf das Hauptgleis anstatt in Richtung auf das Nebengleis vorgezogenen Güterzug 7115 gestoßen und hat die Lokomotive desselben zur Seite geworfen. Infolge des Anpralles sind die Lokomotive des Güterzugs und nachfolgende Wagen entgleist. In die Krümmung des eben entgleisten Junges ist der von der entgegengekehrten Richtung kommende Güterzug 6416 gefahren. Gestern sind Aufgähler wenig vom Güterzug 6001 aus Hannover und ein Begleiter von lebenden Fischen aus Utrecht, dessen Name noch nicht festgestellt ist. Ferner sind leicht verletzt Hülfsbremser Karl Wölter aus Winben, Lokomotivbeizer Loges aus Hainholz und Friedrich Knospe aus Berlin, Luisenstr. 55. Die Schuldfrage ist noch nicht aufgeklärt.

### Grubenunglück auf Zeche „Shamrol“.

Dortmund, 30. März. (W. Z. B.) Auf der Zeche „Shamrol“ verunglückten 4 Bergleute durch den Zusammenbruch der Holzabteilung. Einer von ihnen blieb tot, die anderen wurden schwer verletzt.

### Der Streik im Braunkohlenrevier.

Weißfels, 30. März. (W. Z. B.) Die Lage des Streiks im Weißfels-Feiher Revier ist ernst geworden. Auf die Befehlsnahme der Werksleitungen, daß Nichtausnahme der Arbeit die Entlassung zur Folge habe, hat die Zahl der Streikenden zugenommen, sie beträgt im Weißfels-Feiher heute heute abend 1400 Mann, den Nebertagarbeitern ist eine fünfprozentige Lohnherhöhung von den Verwaltungen zugestanden worden. Die Meldungen von größeren Ausfährungen sind unrichtig. Die Streikenden verhalten sich vollständig ruhig. Im Weißfels-Feiher Revier ist die Zahl der Streikenden auf 2000 stehen geblieben, auch ist hier die Lage im allgemeinen ruhig. In den von der Braunkohlenindustrie abhängigen industriellen Werken macht sich Kohlenmangel bemerkbar. Die angetommenen Arbeiterwilligen von auswärtig erklärten sich mit den Streikenden solidarisch.

### Die „Rettungsaktion“.

Paris, 30. März. (Telegramm unseres Pariser Korrespondenten.) Die Rettung der 18 Bergarbeiter kompromittiert die die Rettungsaktion leitenden Ingenieure, die im Profitinteresse der Grubengesellschaft einzig die Feuerlöschung betrieben haben; eine Rettung der Verunglückten aber für unmöglich erklärten. Die Arbeiterdelegierten behaupteten noch in der vorigen Woche die Möglichkeit der Rettung von Menschenleben. Im Interesse des Geldsacks sind Hunderte dem Verderben überliefert worden.

### Die Stimmung in Courrières.

Leas, 30. März. (W. Z. B.) Das Gerücht von der Rettung weiterer Bergleute hat sich bisher bis zum Abend nicht bestätigt. Es mag darauf zurückzuführen sein, daß die heute morgen Geretteten mitteilten, daß ihre Gruppe ursprünglich aus 20 Mann bestanden habe, daß aber 7 davon sich in einem Stollen verirrt hätten. Unter den Frauen der Bergleute herrscht große Erregung, sie stoßen Besämpfungen und Drohungen gegen die Ingenieure und Direktoren aus und rufen, hätte man uns hinabsteigen lassen, wie hätten unsere Männer gerettet. Es sind grobe Sicherheitsmaßregeln getroffen worden, da man ernste Unruhen befürchtet.

Paris, 30. März. (W. Z. B.) Die Meldung von der wunderbaren Errettung der Bergleute hat in Paris freudige Bewegung hervorgerufen, gleichzeitig werden aber lebhafteste Vorwürfe gegen die Bergwerkdirektion laut. Man behauptet, daß, falls die Rettung der Arbeiter sofort in energischer Weise in Angriff genommen worden wäre, offenbar viele Bergleute hätten gerettet werden können.

### Sicherung der Trades-Unions.

London, 30. März. (W. Z. B.) Unterhaus. Hudson (Arbeiterpartei) beantragt die zweite Lesung eines Gesetzesentwurfes über die Frage der Trades-Unions und der Ausfühder, der im ganzen sich bezt mit dem 29. März von Lawson Walton vorgelegten Bill über denselben Gegenstand. Jedoch dürfen nach der heute eingebrachten Bill die Forderungen der Trades-Unions in keiner Weise herangezogen werden zur Vermeidung von Entschädigungen wegen ungeschicklicher Akte von Mitgliedern der Trades-Unions. Premierminister Campbell Bannerman empfiehlt, die zweite Lesung der Bill Hudson anzunehmen. Wyndham (antl.) bemerkt, er sei im Hinblick auf die dargelegten Erklärungen des Kronanwalts Lawson Walton erkant über das heutige Verhalten des Premierministers. Die Haltung der Regierung sei ein feiges Nachgeben. Die zweite Lesung der Bill Hudson wird hierauf mit 416 gegen 66 Stimmen angenommen.

### Wenn nun nicht wird!

Petersburg, 30. März. (W. Z. B.) Blättermeldungen zufolge wurde der preussische Artillerierobert von Kanel mit einem Jahresgehalt von 12 000 Rubeln zum Eintritt in die russische Armee verpflichtet. Der Oberst soll Rachmann für die Herstellung von Bomben und Turfgeschossen sein.

### Ein Gendarmereioberst erschossen.

Smolensk, 30. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Oberst Waldschow, der Gehilfe des Obersten der Gendarmereiverwaltung wurde heute nachmittag in einer Straße im Mittelpunkt der Stadt erschossen. Der Attentäter entkam.

### Tunnelsturz

Agier, 30. März. (W. Z. B.) Durch Einsturz eines Tunnel beim Bau der Bahnlinie Tlemcen an der marokkanischen Grenze wurden 2 Arbeiter getötet, 15 verwundet.

Reichstag.

79. Sitzung vom Freitag, den 30. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Einem, v. Tschirschky, Frhr. v. Stengel.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag des Abg. Wassermaun (natl.) und v. Normann (kons.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage betreffs Schaffung eines Reichskolonialamts...

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichskolonialamts an der Hand der Regierungsvorlage (nicht der durch die Abstimmung befeitigten Kommissionsfassung) fortgesetzt.

Die übrigen Positionen dieses Etats werden, soweit sie Konsequenzen der ersten Abstimmung darstellen, nach der Regierungsvorlage angenommen, im übrigen entsprechend einem Antrag des Abg. v. Normann (k.) nach den Beschlüssen der Kommission.

Es folgt die zweite Beratung des Militärstats.

Beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“ liegt folgende Resolution der Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.) - Papper (D. Sp.) vor: Den Reichskanzler zu ersuchen, im Anschluß an die vom Reichstage am 21. März 1905 geforderte und daher baldigst anzubahrende Reform des Reichsmilitärstrafgesetzbuches im Interesse der energischen Bekämpfung der Militärmisshandlungen zu veranlassen...

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Wie im vergangenen, müssen wir auch in diesem Jahre eine Reform des Militärstrafgesetzbuches fordern. Nach dem bestehenden Rechte wird der Soldat bestraft, der eine unbedeutende Beschwerde vorbringt. Dies macht das Beschwerderecht tatsächlich illusorisch, es ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit, ein Hohn auf die Bekämpfung der Soldatenmisshandlungen.

Am schlimmsten verwirrend aber wirken im Lande Fälle wie der des württembergischen Hauptmanns Haupt, der wegen Mißbrauches der Dienstgewalt in 50 Fällen zu neun Monaten Festung verurteilt wurde, aber nicht nur begnadigt, sondern auch im gleichen Range in die preussische Armee wieder eingestellt wurde!

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich bin eigentlich der Ansicht, daß der Beschluß auf Reform der Militärstrafprozessordnung den Antrag Müller-Reinigen-Papper, der sich auf ein bestimmtes Gebiet dieses Strafprozesses bezieht, schon mit enthält.

Auf die Interpellation Hoeren hat der Kriegsminister eine Erklärung verlesen - und zwar im Auftrage des Reichskanzlers - in der das Duell unter Offizieren verteidigt wurde.

seine Ehre einzutreten. Wer zum Militär gehört, soll hiernach also nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, sich über die Straffgesetze hinwegzusetzen.

Kriegsminister v. Einem:

Im Anschluß an die Worte des Abg. Spahn möchte ich im Auftrage und im Einverständnis des Herrn Reichskanzlers Ihnen folgende Erklärung vorlesen:

„Gegenüber den vielfachen Mißverständnissen (1), die meine Erklärung vom 15. Januar erfahren hat, halte ich es für notwendig, diese Mißverständnisse zu beseitigen. Der Reichskanzler Fürst Stoltehnke hat am 17. November 1898 erklärt, daß es beabsichtigt sei, Streitigkeiten zwischen Offizieren stets der ehrengerichtlichen Verhandlung zu unterwerfen, daß das Ehrengericht genötigt werden würde, seine Entscheidungen niemals im Sinne eines Duellzwanges abzugeben und daß diese Entscheidungen für die Offiziere verbindlich gemacht werden würden.“

Ich wende mich nun zu den Ausführungen des Abg. Dr. Müller-Reinigen über die Soldatenmisshandlungen. Ich muß sagen, diese Stunden, in denen mir diese Vorkommnisse in der Armee hier vorgelesen wurden, sind mit die schwersten, und ich fühle die ganze

Demütigung,

die darin liegt, daß in der Armee derartig schwere und auf keine Weise zu entschuldigende Mißhandlungen vorkommen. Wenn der Vorkredner aber meinte, dergleichen könne nur vorkommen, weil das Beschwerderecht nicht funktioniere, so bin ich doch anderer Ansicht. Ich glaube, daß die Neigung zu Mißhandlungen durch die Leute - auch solche Fälle hat ja der Abg. Müller-Reinigen erwähnt - nicht in der Kaserne erzeugt, sondern vielfach in die Kaserne hineingetragen wird.

Nach der von uns aufgemachten Statistik wurden im Jahre 1903 wegen Mißhandlung bestraft 665 Vorgesetzte, darunter 57 Offiziere, 555 Unteroffiziere und 53 Gefreite. Im Jahre 1905 sind bestraft worden 390 Vorgesetzte, also 275 weniger. Diese Verringerung ist nicht ganz unerheblich und jedenfalls umsomehr erfreulich, als namentlich die Fälle brutaler Mißhandlung ganz wesentlich zurückgegangen sind.

Im vorigen Jahre hat uns hier der Fall des Leutnants Diebe beschäftigt, der sich infolge schlechter Behandlung erschossen haben soll. Durch die eingehende Untersuchung ist festgestellt, daß wohl mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die scharfe Kritik des Obersten vielleicht der letzte Tropfen gewesen ist, der das Glas zum Überlaufen brachte.

Auch der Fall Gessert hat sich nach meinen Äußerungen anders zugetragen. Durch die Aussage der Leute, die mit ihm zusammengefallen haben, ist festgestellt, daß von einer Schilanzierung dieses Mannes durch den Bismarckmeister keine Rede sein kann.

gestochen. Er ist dann in die Stadt gegangen und hat sich nach der Rückkehr auf dem Korridor die Wunde beigebracht, die seinen Tod herbeigeführt hat. Der Fall Gessert liegt drei Jahre zurück, der auch erwähnte Fall Reiniger fünf Jahre. (Hört! hört! rechts.) In diesem Fall sind drei Unteroffiziere bestraft mit sechs, vier und zwei Monaten.

Nun wird vielfach von der mangelhaften Aufsicht gesprochen. Wie es aber diesen Verbrechern gelingt, eine noch so gute Aufsicht zu durchbrechen, so gelingt auch beim Militär mandem, der eine schlechte Tat tun will, sie hinter dem Rücken seiner Vorgesetzten auszuführen. Sie selbst haben es mit Freuden begrüßt, daß jetzt die Unteroffiziere aus den Mannschaftsstuben in andere Stuben verlegt werden. Da werden vielleicht Mißhandlungen der Leute durch Unteroffiziere vermieden werden. Ob aber immer Mißhandlungen junger oder angestlicher Leute durch ältere, das lasse ich dahingestellt sein.

Abg. Bebel (Soz.):

Die Antworten, die wir heute aus Anlaß der Mißhandlungen erhalten haben, lassen es geraten erscheinen, heute an dieser Stelle des Tages zu gedenken, der am 12. November 1905 seinen 150. Geburtstag hatte. Ich meine Schornhorst, der der größte Armeereorganisator war, den Preußen je gehabt hat.

Es hat mich eigenartig angeunset, als ich gestern in einer Berliner Zeitung las, daß ein Kaufmannsohn zunächst als Offiziersaspirant angenommen sei, nach einiger Zeit aber die Antwort erhalten habe, für ihn sei kein Platz vorhanden, und daß der junge Mann, als er sich nach dem Grunde, weshalb man ihn erst annahm und später abschob, erkundigte, erfuhr, die Ursache sei darin zu finden, daß sein Vater einen offenen Raden habe!

Schornhorst war sodann der Vertreter der Milizidee, er war der Meinung, daß durch die Miliz militärischer Geist und lebhafter Enthusiasmus geweckt werde. Einer seiner Grundzüge war: man solle alles, was im Heerwesen überflüssig und auf den Schein berechnet sei, preisgeben und den Soldaten ausschließlich für den Krieg vorbereiten.

Duellunfug

zu sprechen. Der Unfug würde längst in der Armee verschwunden sein, wenn Schornhorsts Geist vorhanden wäre. Ich stehe gar nicht an, Ihnen zu sagen, daß, wenn Schornhorsts Prinzipien bis heute in der deutschen Armeegeltung hätten, auch die Sozialdemokratie etwas anderes zu der gegenwärtigen militärischen Organisationsstände. Man wird mir sagen, ich forderte Einrichtungen von Zuständen, die längst überholt seien.

Eine lebhafteste Erörterung gab es bei Besprechung des südwestafrikanischen Aufstandes darüber, ob unsere Truppen allen Ansprüchen genügt hätten. Mein Freund Lebedour hat sich schon energisch gegen den Vortwurf verteidigt, daß wir nicht anerkennen, daß die deutschen Truppen alle Strapazen im höchsten Maße ertragen haben.

Eine der bekanntesten englischen Militärberichterstatter schrieb nach dem Ausfall der letzten Wunden, daß Deutschland wieder aus dem südasiatischen, noch aus dem russisch-japanischen Kriege etwas gelernt habe und bei Verbeibaltung der dichten Formation durch die wachsende Treffsicherheit schwere Verluste erleiden müßte; geradezu verhängnisvoll aber würden für Kavallerie und Infanterie die weithin sichtbaren Uniformen werden.

Eine derjenigen Bestrebungen, die Schornhorst und andere damals verfolgten, richtete sich auf die Beseitigung der Prügelstrafe. Die Reorganisationskommission ging damals sogar so weit, den Gebrauch von Schimpfwörtern zu verbieten.

**Fürberischen Mißhandlungen der Soldaten zu führen.** An die Verschüttung des furchtbaren, roten und gemeinen Schimpfens, das ja in der Kaserne seine Hauptstelle hat, kann heute noch niemand denken.

Ich habe den Herrn Kriegsminister ferner zu fragen, ob neben den neuen Felduniformen, die ja schon vor einigen Jahren probeweise der Budgetkommission vorgelegt und mit denen jetzt mehrere Regimenter ausgestattet worden sind, die gegenwärtigen Uniformen beibehalten oder ob sie völlig abgeschafft werden sollen. Sonst läme das deutsche Volk in die fatale Lage, die solofiale Mehr-aufwendung für zwei verschiedene Arten von Uniformen machen zu müssen. Wenn aber die gegenwärtige, probeweise eingeführte Feld-uniform sich als praktisch und zweckmäßig erweist, so sollte man ohne jede Rücksicht auf die Tradition die gegenwärtigen unpraktischen Uniformen gänzlich beseitigen. Eine andere Frage, die ich hier stellen möchte, auf die ich die Antwort allerdings schon weiß, ist die, ob in dem neuen, für den Monat März angekündigten vereinfachten Exzerzierreglement der gegenwärtige Paradebrauch beibehalten werden soll. Ich erinnere daran, daß er nach Ansicht aller Physiologen und Aerzte so vernunft-widrig wie nur denkbar ist. Ich selbst bin ja nie Soldat gewesen, (Heiterkeit rechts) aber wenn man zufällig einmal aufsteht, wie plötzlich, wenn ein Offizier an einem kleinen Trupp vorübergeht, der vielleicht die Wache ablöfen soll, die Soldaten mit aller denkbaren Wucht auf das Pflaster hauen, daß es dröhnt, so machen diese Menschen, die an allen Nerven ihres Körpers heben, doch einen recht lächerlichen Eindruck. (Große Unruhe rechts. Sehr wahr! links.) Wenn der Marsch natür-lich ausgeführt würde, entsprechend der ganzen Körperkonformation des Menschen, so würde man den Soldaten ein großes Maß von Zeit, Kraft, Mühe und Mißhandlungen aller Art ersparen. Ich habe mich wirklich sehr gefreut, als der oberste Kriegsherr im Mai vorigen Jahres in Straßburg eine Rede hielt, die gelautet haben soll: „Meine Herren, der Paradebrauch meines Regiments war nicht gerade berühmt, aber ich habe beide Augen zugebracht, weil man mit dem Paradebrauch den Feind nicht schlägt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das haben die Japaner gezeigt, die zwar keinen Paradebrauch machen, aber tüchtig marschieren und kämpfen können.“ (Heiterkeit.) Das ist ja mal eine ganz außerordentlich vernünftige Ansicht (Stürmische Heiterkeit), die genau mit dem übereinstimmt, was ich schon seit Jahrzehnten gesagt habe. (Anhaltende Heiterkeit.) Nach einem Monat freilich las man es in einem Ertrag an das 2. und 3. Garderegiment schon wieder ganz anders. Ich bedaure lebhaft, daß an der maßgebendsten militärischen Stelle in so kurzer Zeit ein so starker Wechsel der Anschauungen eintritt. (Heiterkeit.)

Die Duellfrage hätte ich heute kaum in meine Erörterungen einbezogen, wenn nicht die vorausgehende Debatte mir dazu An-las gegeben hätte. Herr Spahn hatte von seiner Anfrage die Re-gierung wohl vorher informiert, (Sehr wahr! bei den Sozial-demokraten) sonst wäre wohl die Antwort nicht so rasch und prompt erfolgt. Ich gestehe ganz offen: wenn etwas im höchsten Maße unbefriedigend war und unbefriedigend sein mußte, so war es die heutige Erklärung des Kriegsministers. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erklärung des Reichszanlers vom 20. Januar konnte in keiner Weise durch eine weitere Erklärung irgendwie abgeändert oder abgeschwächt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich verführe ja, daß gerade der Abg. Spahn ein lebhaftes Bedürfnis nach einer solchen Widsprechung hatte. Er weiß ja am besten, welch außerordentlich unangenehmen Eindruck die Er-lärung des Reichszanlers im ganzen Lande erweckt hat. Ihm, als einem der höchsten Richter der preussischen Monarchie, mußte der außerordentlich peinliche Eindruck klar werden, den es machte, als der erste Beamte des Reiches klipp und klar erklärte, das Duell sei zwar verboten und verbotene gegen göttliches und menschliches Ge-seh, aber solange weite Kreise es für ein Mittel zur Wiederherstellung ihrer Ehre ansehen, könne das Offizierkorps kein Mitglied dulden, das nicht bereit sei, mit der Waffe für seine Ehre einzutreten. (Sehr wahr! rechts, Unruhe und Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Ihre (nach rechts) Zustimmungsrufe sind wenigstens offen und ehrlich. Aber das Duell sieht im Wider-spruch mit unseren Ge-fetzen, die der erste Beamte Deutsch-lands zu wahren hat. (Vielfaches Bravo! bei den Sozial-demokraten.) Statt dessen hat sich der Reichszanler vor Deutschland und der ganzen Welt in den offensten Widerspruch mit dem deutschen Strafgesez gestellt. (Unruhe rechts.) Ja, Gesez ist Gesez, und auch Ihr „höherer Gesez“ gibt Ihnen nicht das Recht, es zu brechen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) An dieser Tatsache, daß der Reichszanler eine gesezwidrige Handlung empfohlen hat, können auch die heutigen Schlußworte des Kriegs-ministers nichts ändern. Der Offizier muß sich dem Duell-zwang unterwerfen oder er erhält glatt seinen Abschied. Welten in unserem „christlichen Staat“ christliche Geseze, so darf unter keinen Umständen jemand auf eigene Faust die Grundzüge des Christentums verlegen. Trotzdem verkündigt der Vertreter der Staatsgewalt hier die Lehre, daß höher als alle Staatsgeseze und als alle religiösen Ueberzeugungen der falsche Ehrbegriff stehe. Das bleibt an dem Reichszanler haften, er mag machen, was er will. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er hat in einer Erklärung in feierlicher Weise sich mit allen bestehenden Gesezen des Staates, der Moral und der Gerechtigkeit in Widerspruch ge-sezt und zum Ungehorsam gegen das Strafgesez aufgefordert, ohne daß er bisher dafür zur Verantwortung gezogen worden ist. Die Wirkung eines derartigen Vorkommnisses können Sie daraus sehen, daß wenige Tage später in Dresden bei einem Prozeß zwischen Schwiegervater und Schwiegersohn, einem Studenten, der vorsitzende Landgerichtsdirektor erklärte, er begreife es nicht, wie angehört einer so schweren Verleumdung er als Student seinen Schwiegervater nicht zum Duell gefordert hätte!! (Vielfaches Hört! hört! und Große Heiterkeit links.) Wenn ein Richter, der zur Anwendung des Gesezes berufen ist, in dieser Weise seine Verwunderung äußert, so ist das eine Demoralisation unserer öffentlichen Zustände, wie ich sie mir schlimmer gar nicht vorstellen kann. (Lebhafte Zustimmung links.) Aber freilich, ein großer Teil unserer Richter sind Reserveoffiziere. Nun wird ja keiner nach seiner Stellung zum Duell gefragt, man läßt es auf die Probe ankommen, aber wer diese Probe nicht best-ehet, steigt als Reserveoffizier und wahrscheinlich auch sehr bald als Richter. Es steht im schroffsten Widerspruch mit einer vernünftigen Staatsordnung, wenn Männer, die eidlich verpflichtet sind, das Recht zu wahren, es auf der anderen Seite bei dieser Gelegenheit über-treten müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Seit geraumer Zeit gehen durch die Presse, namentlich auch der rechtsstehenden Parteien, Nachrichten darüber, daß zu einem wichtigen Familienereignis des preussischen Königshauses 10 Millionen Mark gesammelt und dem obersten Kriegsherrn übergeben worden sind, damit man hilfbedürftigen Offizieren unter die Arme greifen könne. Wenn der Staat oder das Reich an seine Beamte, an seine Offiziere, an alle diejenigen Männer, die im Reichs- und Staats-dienst stehen, Geschälter zählt, so ist eine selbstverständliche Annahme, daß diese Gehälter auch den Leistungen der betreffenden Personen entsprechen und ausreichend sind, ihnen eine ihrer sozialen Stellung entsprechende Lebenshaltung zu ermöglichen. Nun ist es für uns tatsächlich wichtig, zu erfahren, ob eine Anzahl reicher Börserherren — in der Mehrzahl jüdischen Stammes — (Heiterkeit) zehn Millionen Mark für notleidende Offiziere zusammengebracht haben und dafür geachtet worden sind. (Unruhe rechts.) Auf und hat ja die Lehre, wie man bei uns den Adel bekommt, sehr erheitend gewirkt. (Heiterkeit.) Weite Kreise hatten noch immer geglaubt, der Adel sei die Krönung besonderer Verdienste, und sehen jetzt, daß die „Barone“, „Grafen“, und „Fürsten“ jezt dundendweise getauft werden. (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Der Nimbus, der dem Adel angehaftet hat, wird dadurch in höchst erfreulicher Weise gestört. Nun treiben aber schon viele Kreise der Armee schon jezt eine große Verschwendung. Gerade durch das neue kapitalistische Element, das jezt in die Offizierswelt eingeführt worden ist, wird ein Aufwand getrieben, der vielen Offizieren, die keinen großen Anspruch haben, das standes-gemäße Wismachen unmöglich macht. Das verdient unsere sorgfältige Beachtung. Gerade der oberste Kriegsherr hat

allerdings sich vor Verschwendung gewarnt. Vornehmlich hat mir da eine Rede gefallen, die er wiederum in Straßburg gehalten haben soll: „Die japanischen Offiziere haben sich äußerst tüchtig gezeigt, auch der japanische Adel hat sich voll bewährt. Das russische Offizierkorps dagegen hat völlig versagt. Mein Sohn hat mir erzählt, daß sie während des Feldzuges allen Champagner auf-gesauft hätten. An solche Dinge sollte der Soldat nicht denken.“ Da möchte ich wohl wissen, wieviel Sekt alle Tage in der preussisch-deutschen Armee verzehrt wird. (Große Heiterkeit links.) Jedenfalls sollte mit der äußersten Schärfe gegen die vielen kostspieligen Geschenke in der Armee eingeschritten werden, die abjährlich gemacht werden, und es sollten die teuren Liebesmahle nicht nur eingeschränkt, sondern gänzlich beseitigt werden. Ein ausländisches großes Blatt veröffentlichte jüngst ein Interview mit einem hochgestellten Japaner, der als ersten Grund für den Sieg der Japaner die Tüchtigkeit des Offizierkorps angab, das fast durchweg aus ärmlichen Verhältnissen, aus sehr einfachen Land-familien stamme. (Hört! hört! links.) Auch in dieser Richtung, gegen die Einfachheit der Lebensführung, wird in der deutschen Armee vielfach gefündigt. — Ueber die Verwendung des nun gesammelten Jubiläumfondes fehlt dem Parlament jede Möglich-keit der Kontrolle. In der Kolonialverwaltung sind Gelder, die auf ähnliche Weise gesammelt waren, so verwendet worden, daß wohl kein Reichstags-Abgeordneter damit einverstanden ist. Wer gibt uns die Garantie, daß es mit diesem gewaltigen Fonds nicht ebenso geht, daß dieser Fonds nicht allmählich eine Art Korruptionfondes wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es widerspricht allen parlamentarischen Grund-sätzen, daß man der Verwaltung für als notwendig anerkannte Zwecke Mittel zur Verfügung stellt, über die sie nach eigenem Er-wessen und Gutdünken, ohne jede Kontrolle verfügen kann. Das muß zu sehr bedenklichen Konsequenzen führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man munkelt in Berlin schon jezt allerlei über verschiedene Zwecke, zu denen jene Börserherren herangezogen werden sollen, daß sie für diese und jene Orden und Titel diese und jene Summe zahlen sollten. (Hört! hört! links.)

Von den **Militärmißhandlungen** will ich heute keine größere Anzahl von Fällen zur Erörterung stellen. Das Verprechen, das der jeztige Kriegsminister bei seinem ersten Auftreten hier im Hause abgab: die Mißhandlungen aus der Armee herauszubringen, hat sich leider erst in sehr geringem Maße erfüllt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erkenne sehr gern an, daß der gegenwärtige Kriegsminister mit ganzer Seele befreit ist, die Mißhandlungen aus der Armee herauszuschaffen. Aber gerade die Tatsache, daß die ersten Autoritäten in der Armee seit Jahrzehnten bemüht sind, die Mißhandlungen zu he-reitigen und daß es trotzallem nicht möglich gewesen ist, beweist denn doch, wie außerordentlich tief eingewurzelt diese Mißhandlungen sind und daß doch andere Gründe vorliegen müssen, als die, welche der Herr Kriegsminister anführt. Der Herr Kriegsminister hat den Schäfer als ein ganz verkommenes Subjekt hingestellt. Zugegeben, daß er es war, aber es ist auch festgestellt, daß er eng gebaut, zum Reiten schlecht veranlagt war und an Lungenerkrankungen litt. (Hört! hört! bei den Sozialdemo-kraten.) Die können doch nicht künstlich herbeigeführt oder auf seine rohe Natur zurückzuführen sein! Der Herr Kriegsminister hat als Zeugen für sich den Offizier angeführt, der in diesem Falle die Verteidigung geführt hat. Da muß ich doch noch den vorstehenden Zeitungsberichten die Art der Verteidigung dieses Herrn — es ist ein Graf v. Borsdorff — etwas näher charakterisieren. Er führte aus, daß Schäfer ein schlapper Soldat mit mangelndem Gesezgefühl sei und beantworte, ihn nicht zu verurteilen. Das Bericht beiläufig trotzdem die Verteidigung. Dann sagte der Verteidiger: Schäfer ist der einzig Schuldige, er habe die Waffe auf sich gerichtet, um sich selbst zu verstimmen. In seinem Regiment sei es schon viermal passiert, daß Leute angeblich Selbstmordversuche gemacht hätten. Gätte man den ersten Mann gleich wegen Selbst-verstimmlung vor ein Kriegsgericht gestellt, so wäre dieser Fall vermieden worden! (Hört! hört!) Daß Schäfer eng gebaut sei, sei Unfijn, er hätte nur gut Kornbrot essen sollen, dann wäre er schon dünn geworden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die beantragte Strafe sei unerhört und darauf zurückzuführen, daß im Kriegsgericht der 8. Division eine furchtbare Antipathie gegen die Unteroffiziere und Gesezten bestehe. — Diese Ausführungen veranlaßten den Gerichtsvorsitzenden, den Offizier zur Ordnung zu rufen. Dann sagte er, das Militär sei keine höhere Töchterkategorie — genau wie heute der Kriegsminister — die Kirsche seien alle stramme Dergel, denen es nicht schade, wenn ihnen einmal um die Ohren geschlagen werde. (Hört! hört!) Eine solche Verteidigung ist denn doch etwas Unerhörtes! Wie sollen die Offiziere die Reden gegen die Mißhandlungen ernst nehmen, wenn ein Oberleutnant vor dem Militärgericht solche Ausführungen machen darf. All das, was der Herr Kriegsminister zur Erklärung der Fälle angeführt hat, trifft doch z. B. auf den einen besonders rohen Fall, den Herr Müller anführte und auf den ich mit Rücksicht auf die Tribunalbesucher nicht ausführlich eingehen will, nicht zu. Ich habe hier einen ähnlichen Fall: Der Unter-offizier ließ die Soldaten in einer kalten Nacht eine halbe Stunde auf der Treppe stehen, er ließ ihnen keine Zeit zum Mittagessen usw. Solche Robeuten kommen bei den Unteroffizieren sehr häufig vor. Meinens Erachtens sollte ein solcher Unteroffizier auf jeden Fall ohne weiteres aus der Armee ausgeworfen werden. Wenn wir einmal zu einer Aenderung der Militär-Strafgesezordnung kommen und wenn es nicht möglich sein sollte, die Strafen, die auf Widerseßlichkeit gegen Vorgesetzte stehen, herabzusetzen, dann ist es notwendig, daß die Strafen für Mißhandlungen um so mehr in die Höhe gesetzt werden. Im vorigen Jahre wurde gegen zwei Soldaten, Bauer und Brodmann, die am letzten Tage als sie glaubten, sie wären schon frei von der Militärjustiz, sich einen Kampf antrugen und im Zustande totaler Betrunkenheit Widerseßlichkeiten begingen, ein ungeheureres Urteil ausgesprochen: Trotzdem das Gericht „mildernde Umstände“ annahm, erkannte es gegen Bauer auf 7 Jahre 8 Monate, gegen Brodmann auf 6 Jahre 8 Monate. (Hört! hört! links.) Das ist doch ungeheuerlich!

Der Leumant Haupt wurde für unwürdig erklärt, der württem-bergischen Armee anzugehören. Aber dann wurde er wieder ein-gestellt, und zwar in einem preussischen Regiment! Warum tut man das? Warum, wenn er unschuldig war, kann er nicht wieder in sein Regiment zurück? Vor einigen Jahren passierte schon einmal ein ähnlicher Fall mit einem bayrischen Offizier. In Preußen nimmt man solche disqualifizierten Offiziere ruhig wieder auf. Welchen Eindruck muß das auf die ganze Armee machen? So groß kann der Mangel an Offizieren doch noch nicht sein, daß man Leute, die unwürdig sind, wieder aufnimmt!

Ich muß auf einen Fall zurückkommen, der in der General-debatte zum Etat schon eine Rolle gespielt hatte. Es wurde da von einem nationalliberalen Redner gesagt, man könne aus einem Artikel der „Wüchsener Post“ sehen, wie die Sozialdemokratie zur Armee stünde; denn in diesem Artikel würden die Wamm-schaften der Armee mit Schweinen verglichen. Ich will dem Abgeordneten die Meinung nicht übel nehmen, die durch falsche Pressberichter, die absichtlich entstellt sein mögen, zu-stande gekommen sein mag. Ich halte es aber für dringend notwendig, diesen Fall hier richtig zu stellen, damit er uns später nicht etwa wieder vorgehalten wird. Der Artikel besprach die deutsche Marokkopolitik und die daraus entsiehende Kriegsgefahr und erlaubte, daß, wenn diesseits und jenseits der Sogesen die Mobil-machungsarbeiten erfolglos würde, der deutsche Reichstag überhaupt gar nicht gefragt würde. Es wurde die Tatsache kritisiert, daß der Reichstag zwar die Mittel für den Krieg bewilligen muß, aber wegen der Kriegserklärung mit seinem Worte ge-fragt würde. Es sei ein Skandal, daß auf diese Panier der wehrhafte Teil des deutschen Volkes zur Schlauchant geschleppt würde. Und es hieß dann weiter: In gewisser Hinsicht hat es der Soldat noch schlechter als das Schwein. Das Schwein hat auch kein eigenes Recht, aber es hat wenigstens den Vorteil, daß

es sein Schicksal nicht voraus weiß. Die Männer, die in den Krieg geschleppt werden, wissen aber, was ihnen bevorsteht. Ein solcher Krieg wegen seiner Majestät des Sultans von Marokko wäre aber unmöglich, wenn der deutsche Reichstag dabei gefragt würde. Weiterhin hieß es in dem Artikel: Auch der roheste Mensch würde einem Schwein nicht eine schwere Verletzung heibringen und es dann langsam vermachten lassen. Im Kriege aber vermachten Tausende von Menschen in Wassergräben, in Abort-gruben und im Sonnenbrande. Könnte ein Schwein denken, so würde es immer noch tröstlicher über sein Schicksal denken als die deutschen Soldaten, die wegen Marokkos in den Krieg geschleppt würden. Das ist der Artikel. (Zuruf rechts: Saktum genug! Gesezmaklos!) Ob er gesezmaclos ist, darüber will ich mit Ihnen nicht streiten. Aber daß die deutschen Soldaten durch diesen Artikel hätten beleidigt sein müssen, das ist nicht wahr; denn in diesem Artikel werden doch die Zustände, auf welche ein solcher Vergleich angewandt ist, bedauert und bekämpft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als Beweis für die Scheußlichkeit und Verrohung durch den Krieg kann ich auch auf ein Urteil hinweisen, welches auf das Ver-halten der deutschen Soldaten während des internationalen Feld-zuges in China ein großes Licht wirft. Ich habe schon einmal hier im Hause auf die Mißhandlungen, auf die Schandungen, Mordtaten oder Art hingewiesen, die von Deutschen dort begangen wurden. Diese Ausführungen haben damals im Hause die lebhaftesten Kontroversen hervorgerufen. Der Kriegsminister hat damals alles bestritten. Gegen den „Vorwärts“, der einen Artikel darüber gebracht hatte, wurde Klage erhoben. Als aber der Redakteur Schmidt in Berlin den Wahrheits-beweis anbot, lehnte das Gericht diesen ab und verurteilte den Redakteur wegen formaler Verleumdung zu sechs Monaten Gefängnis. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als unser Genosse Kunert am 16. Mai 1903 in seinem Wahlkreise ebenfalls Aeußerungen über jene Vorgänge gemacht hatte und auch gegen ihn geslagt wurde, erklärte er sich gleichfalls bereit, den Wahrheits-beweis anzutreten, insofern er zwar nicht die ganzen Truppen, wohl aber einen Bruchteil beschuldigt hatte. Auch hier wollte das Gericht den Wahrheitsbeweis ab-schneiden, aber es gelang der Verteidigung, fünfzehn Zeugen aus ganz Deutschland, und zwar Leute, die nicht unterer Partei an-gehören, aufzubringen, und aus deren Aussagen ging die Wahrheit der Amerikaner Behauptungen hervor. Zwar wurde Kunert auf Grund des § 183 wegen formaler Verleumdung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wären aber die Tatsachen, die Kunert behauptet hatte, nicht wahr gewesen, so wäre die Verstrafung viel härter ausgefallen. Der Wahrheitsbeweis dafür, daß ein Teil der deutschen Truppen in China Mordtaten und Schandungen begangen hat, ist also erbracht. Ich beugne mich damit, das an dieser Stelle festzustellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe schon häufiger darauf hingewiesen, daß Leute, die keiner religiösen Gemeinschaft angehören, in der Armee durch den Einfluß ihrer Vorgesetzten dazu gebracht werden, in eine Kirche ein-zutreten. Das ist aber unerlaubt. Die Armee ist eine paritätische Anstalt. (Sehr richtig! links.) Als am 23. Januar hier die Inter-pellation Stachel eingbracht worden war, erklärte der Kriegs-minister, ein Eingriff in das religiöse Leben sei in keiner Weise be-absichtigt. Wenn nun aber ein Dissident, sagen wir Atheit, zum Militär kommt, so dringen Militärgeistliche und vorgelegte Offiziere auf ihn ein und bedeuten ihm, es sei nötig, einer bestimmten Kon-fession beizutreten. Sie werden zugeben, daß ein großer moralischer Nut dazu gehört, wenn jemand in solchen Fällen fest bei seiner Ueberzeugung bleibt. In Hamburg, beim 66. Infanterie-Regiment, sind in den Jahren 1901—1903 eine ganze Reihe von Fällen vor-gekommen, in denen Soldaten, die entweder nicht getauft oder die verheiratet, aber nicht kirchlich getraut waren, veranlaßt wurden, nach-träglich sich taufen oder trauen zu lassen. Nur 8 Mann widerstanden. Dem einen davon erklärte der Pfarrer bei der Entlassung: Ihre Seele ist ja doch dem Teufel verfallen! (Große Heiterkeit links.) In dem Bericht einer evangelischen Kirchenbehörde wird mit Senen-tung darauf hingewiesen, welche großen Erfolge die evangelische Kirche bei den Soldaten habe. Beispielsweise hätten 136 verheiratete Mannschaften sich nachträglich kirchlich trauen lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es heißt dann in dem Bericht, diese Erfolge wären zum großen Teil dem Entgegenkommen der Herrrn Offiziere zu danken. (Hört! hört! links.) Nun frage ich den Herrn Kriegsminister: Wie will er diese Beeinflussung mit seiner Erklärung am Tage der Interpellation Stachel in Einklang bringen? Nicht nur katholische, nicht nur polnische Mannschaften sind dagegen zu schützen, daß man sie zwingt, zu einem Gottesdienste zu gehen, den sie nicht wollen! Die Soldaten dürfen nicht durch moralischen Zwang veranlaßt werden, Schritte zu tun, die sie nach ihrer Entlassung wieder be-reuen müssen. Ich weiß es ja, daß man keinen Offizier duldet, der nicht kirchlich getraut ist, keinen Offizier, der seine Kinder nicht taufen läßt. Aber das mögen die Offiziere mit sich selber andmachen, ich kann es ja begreifen, daß sie in ihrer Lebensstellung sich manches gefallen lassen, was ein freier Mann sich nicht gefallen ließe. Für den einfachen Soldaten aber bedeutet der Dienst nur einen vorübergehenden Zustand. Eine Armee, die ihren paritätischen Charakter leugnet, muß sich noch mühseliger bei denen machen, die schon an und für sich ihren Institutionen nicht günstig gesinnt sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß dann noch auf einen anderen Punkt eingehen. Wir haben eine Statistik bekommen, aus der zu ersehen ist, wo die Soldaten geboren sind und welchem Berufe sie angehört haben, als sie in die Armee eintraten. Der Jwed der Statistik war, fest-zustellen, in welchem Verhältnis Land- und Industriearbeiterbevölkerung gegenwärtig in der Armee vertreten sind. Nach der Statistik sind im Jahre 1903 endgültig abgefertigt 493 493 Mann, davon sind auf dem Lande geboren, aber nicht landwirtschaftlich beschäftigt 166 849, da-von wurden eingestellt und waren überzählig 96 800 = 71,41 Proz. In der Stadt geboren und nicht landwirtschaftlich beschäftigt waren 177 728, davon eingeeilt und überzählig 92 029 = 51,78 Proz. Das macht eine Differenz von nahezu 10 Proz. zugunsten der auf dem Lande Geborenen. Von den 493 493 endgültig Abgefertigten sind auf dem Lande geboren und landwirtschaftlich beschäftigt 131 934 gewesen, davon eingeeilt und überzählig 75 975 = 57,69 Proz. In der Stadt geboren und landwirtschaftlich beschäftigt sind 16 982, davon eingeeilt und überzählig 9547 = 56,22 Proz. Daraus geht die Tatsache hervor, daß die Leute, die in der Stadt geboren werden, wenn sie auch nachher in landwirtschaftliche Bezirke übergehen, doch bereits gegenüber den anderen minderwertig sind. Diese Zahlen beweisen, daß das Geboren- und Erzeugenwerden auf dem Lande erheblich gesünder ist als das Aufwachsen in der Stadt. Dabei hat die soziale Revolution, die sich im Laufe der Jahrzehnte vollzog, dahin geführt, daß das Verhältnis der von der Land-wirtschaft lebenden Bevölkerung im Vergleich zu der Ge-samtheit der übrigen Erwerbsszweige sich bedeutend ver-mindert hat. Ferner werden die Verhältnisse in den großen Städten immer ungesünder, die physische Leistungsfähigkeit der Arbeiterbevölkerung in ihnen geht immer mehr zurück. Unter diesen Umständen ist es die erste Pflicht gerade des deutschen und preussischen Kriegsministers, alles aufzubieten, um da ein energisches Fort-schreiten der sozialen Reform herbeizuführen. Es gibt keinen, der so sehr dabei interessiert ist, daß eine ernsthafte Sozialreform in Deutsch-land durchgeführt wird, wie gerade der Kriegsminister. (Sehr richtig! rechts und links.) Wenn die Verhältnisse in dieser Weise fortführen, dann muß eine ganz gewaltige Schwächung der physischen Kraft der Nation und auch der militärischen Macht die Folge sein. (Sehr richtig!) Der Kriegsminister ist sich dieser seiner Aufgabe vielleicht bis zu diesem Augenblicke noch nicht bewußt. (Heiterkeit.) Vor allem sollte er darauf hinwirken, daß wir bald den zehnjährigen Maximalarbeitsstag, in drei Jahren den neunstündigen und in fünf bis sechs Jahren den achtsündigen bekommen, dann ist er unser Mann. (Große Heiterkeit.) Es war mir ganz interessant, daß nemlich im bayrischen Landtage ein Zentrumsmitleid, Herr Heim, darauf aufmerksam machte, daß er der physischen Entwicklung der Landbevölkerung in Bayern mit großer Unruhe entgegenstehe, weil durch die Entwicklung der land-wirtschaftlichen Volkereigenenschaften den Kindern die Milch, das

**Hauptnahrungsmittel entzogen werde.** (Sehr richtig! recht!) Es werde alles zu Geld umgewandelt und das habe notwendigerweise eine Schwächung der künftigen Generation auch auf dem Lande zur Folge. Das ist ein sehr beachtenswerter vernünftiger Standpunkt. Wenn der Herr Kriegsminister hiergegen Maßnahmen beschließen will, die zu einer physischen Wiedergeburt der Nation in erster Linie in den Städten führen, dann wird er uns auf seiner Seite finden, aber in allem, was er heute vertreten hat, in den seltensten Fällen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Ballerstein: Ich schlage, dem Hause nunmehr vor, sich zu vertagen (Zusammensetzung), da ich die Absicht habe, heute noch eine neue Sitzung anzuberäumen. (Weiterkeit.) Das Haus ist mit der Vertagung einverstanden. Ich beäume die nächste Sitzung an auf heute 5 1/2 Uhr mit der Tagesordnung: Zweite Lesung des Staatsnotgesetzes.

Schluss 5 1/2 Uhr.

80. Sitzung vom 30. März, 5 1/2 Uhr.

Ein Bundesratssitzung: Kommissare. Einziges Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Staatsnotgesetzes.

Die Budgetkommission hat den Truppenübungsplatz für das 11. Armeekorps von den schon jetzt zu bewilligenden Forderungen ausgenommen; im übrigen beantragt sie die unveränderte Annahme des Gesetzes.

Ohne Diskussion wird das Gesetz in dieser Fassung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Dritte Beratung des Staatsnotgesetzes; Berichte der Geschäftsordnungscommission. (Fall Fubangel.); Fortsetzung der Beratung des Militäretats. Schluss 6 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

### Geschäft und Unglück.

In das Getöse über den anlässlich der gräßlichen Katastrophe in Courrières befandenen reinen Idealismus, die alle materielle Gedanken zurückdrängende, nur auf Hilfe und Notlinderung gerichtete Uneigennützigkeit, klingen bereits häßliche, kraß materialistische Töne hinein. Trotz aller Wehrauswirkungen kommt die grüne Frage des Kapitalismus doch zum Vorschein! Ein widerliches Nagbalgen um die Beute, als dessen Quelle das Unglück ausserordentlich ist, hat bereits begonnen. Wir registrieren nach einem von dem Drägerwerk Lübeck versandten Memorandum folgende Tatsachen: Bei den Rettungsarbeiten wurden Apparate der Lübecker Fabrik, der Berliner Sauerstofffabrik und der Westfalia A.-G. in Gelsenkirchen gebraucht. Die Berliner Firma verwendet Patente des Herrn Direktors Meyer, des Leiters des Rettungskorps von Chamroff, an dem Gelsenkirchener Werk, das die Apparate der Berliner Firma in Betrieb hat, sind Beamte der westfälischen Gruben als Aktionäre und Aufsichtsräte beteiligt.

Die Lübecker Fabrik sandte einen Vertreter nach Courrières, um über die Verwendbarkeit der Apparate Erkundigung einzuziehen. Der Vertreter telegraphierte, nach Aussage des Herrn Branddirektors Koch hätten sich die Dräger-Apparate vorzüglich bewährt, in dem Urteil über die Konkurrenzapparate hatte er zurück. Die Firma Drägerwerk Lübeck wollte natürlich Material für Klame sammeln, das, wie sie mittelst, auch zu einer Rede im Abgeordnetenhaus am 20. März Verwendung finden sollte. Sie kam damit anderen Interessen in die Quere, auch die anderen Werke hofften, aus dem Riesenglück Riesengewinne ziehen zu können. Der Plan

zu einem großen Fiskzuge war bereits fertig! Von Herrn Branddirektor Koch ging dem Drägerwerk folgender Brief zu:

Gelsenkirchen 3, den 19. März 1906.

An das Drägerwerk Lübeck.  
In Erwiderung Ihres Gechtes vom 17. ds. teile Ihnen ergebenst mit, daß ich natürlich dem Verichterfall der „Zug“ auch Ihren Apparat in der Liste der in Frage kommenden Apparate mit aufgeführt habe. Wie es kommt, daß die Verwendung in dem Artikel unterblieben ist, kann ich nicht sagen. Herr Oberbürgermeister war zugegen, als der Verichterfall hier war.

Die ganze Bewährung der Rettungsapparate in Courrières, wo ja neben dem einen Apparat Ihres Systems in meiner Anwesenheit mehrere Apparate der von der Westfalia A.-G. hier, vertriebenen Chamroff-Typen gebraucht wurden, während seitdem und jetzt dort nur mehr diese letzteren Apparate in Tätigkeit sind, hat mir den Gedanken nahegelegt, daß eine Vereinigung der drei in Frage kommenden Firmen dem jetzt wohl sich entwickelnden Geschäft eine ungeahnte Entwicklung bringen könnte, während eine Ausschließung dieses Geschäft nur verringern kann. Ich habe in diesem Sinne mit Herrn Direktor Christiansen von der hiesigen A.-G. Westfalia bereits gesprochen und ist er dem Gedanken an sich nicht abgeneigt. Nach meiner Erfahrung werde ich nicht umhin können, die Apparate der Westfalia, die ja am meisten und längsten in Courrières gearbeitet haben und noch arbeiten, an erster Stelle auf die zahlreichen bei mir eingehenden Anfragen zu nennen und zu empfehlen. Schlicht man jedoch durch eine Vereinigung der Westfalia mit Ihnen und der Berliner Sauerstoff-Fabrik jegliche Konkurrenz aus, so wird die Herkunft der Apparate ohne Belang sein und sich zu guten Preisen für alle Beteiligten erfolgreiches gemeinsames Arbeiten ermöglichen lassen.

Ich kann Ihnen daher nur dringend empfehlen, zu versuchen, mit Herrn Christiansen zu einer möglichst baldigen Verständigung zu kommen, da sonst vielleicht der Erfolg einzig und allein auf Seite der Westfalia sein wird.

Hochachtungsvoll  
gez. Hugo Koch, Brandinspektor.

Zur näheren Erläuterung der Bedeutung des Vorschlages und der Motive dazu, erzählt die Firma Drägerwerk dann folgendes:

Am Nachmittag desselben Tages erhielten wir in Berlin telefonisch die Nachricht, daß der Direktor der Westfalia (d. i. die Firma, welche in dem Schreiben des Herrn Brandinspektor Koch erwähnt ist) uns am Mittwochabend in Hamburg erwarde, um die von Herrn Brandinspektor Koch vorgeschlagene Betriebsvereinigung zu besprechen. Wir sagten zu, dorthin zu kommen. Herr Christiansen, der Direktor der Gesellschaft Westfalia, machte im Laufe der Unterhaltung die im Nachstehenden wiedergegebenen Mitteilungen, für die wir ihm die Verantwortung überlassen müssen:

„Die Westfalia sei eine A.-G. für die Herstellung und den Vertrieb von Bergwerksbedarf. Aktionäre und Aufsichtsrat seien Beamte der westfälischen Gruben. Auch Direktoren der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., die die Vorgesetzten des Brandinspektor Koch sind, seien im Aufsichtsrat der Westfalia vertreten.

Die Westfalia betreibt seit einigen Monaten die Rettungsapparate „Meyer“ auch Chamroff-Typen genannt, hergestellt von der Sauerstoff-Fabrik Berlin, weswegen die an der Westfalia beteiligten Beamten der westfälischen Gruben ein Interesse daran hätten, daß die in nächster Zeit benötigten Rettungsapparate von der Westfalia und nicht vom Drägerwerk geliefert würden.

Aus diesem Grunde, Herr Christiansen betonte dies ausdrücklich, habe auch Herr Brandinspektor Koch bereits „von oben einen Hint besonnen“, seine Vorliebe für unsere Apparate aufzugeben und nur noch für die Westfalia einzutreten.

Die Westfalia wolle uns und der Sauerstoff-Fabrik Berlin (Dr. Michaelis) eine Betriebsvereinigung bilden, weil sie befürchte, daß unsere Fabrik, die so außerordentlich leistungsfähig sei, die Preise herabsetzen würde, und es sei doch schade

darum, wenn wir nicht alle Vorteile des Grubenunglücks in Courrières ausnützen wollten. Er, als Vertreter seiner Gesellschaft, schlage vor, falls die Vereinigung zustande käme, die Preise der Apparate sofort um 50 M. zu erhöhen.“

Die Herren Dräger erklären dazu, daß sie den Gedanken, das Unglück in solcher Weise auszunützen, abweisen. Sie beabsichtigen vielmehr, den Preis der Apparate entsprechend der durch event. Massenfabrikation bedingten Vorteile herabzusetzen. In diesem Sinne haben sie das Angebot abgelehnt. Am nächsten Tage sei nochmals der Versuch gemacht worden, sie zur Annahme des Vorschlages geneigt zu machen. Man braucht den Idealismus der Lübecker Firma nicht zu hoch einzuschätzen, man kann ruhig der Meinung sein, sie glaube ohne Verbindung mit den anderen Werken geschäftlich besser abzufinden, trotzdem muß die Art, wie versucht wird, das Unglück geschäftlich auszunützen, als ein kapitalistischer Skandal sondergleichen bezeichnet werden. Das umsomehr, als nach weiteren Mitteilungen der Lübecker Firma Uquenteresen den geplanten Fiskzug unterstützen soll. In dem Memorandum heißt es weiter:

Herr Christiansen erklärte uns bei der oben erwähnten Unterredung weiter noch:

„Die bisher von der Sauerstoff-Fabrik gelieferten Apparate seien unbrauchbar gewesen, und die Firma sei seiner Ansicht nach auch nicht in der Lage, gute Apparate zu fertigen. Erst die Fabrik der Westfalia habe die von Bergwerksdirektor Meyer für die „Siberia“ angekauften Apparate zu einer Funktion und zu einer gewissen Leistungsfähigkeit gebracht, indem die Westfalia das bisher von der Sauerstoff-Fabrik verfolgte Prinzip der hohen „Saug-Depression“ verlassen habe, um dafür eine große Luftzirkulation einzurichten (d. h. also, die Apparate nach den Grundlagen des Drägerwerkes, die man bisher so sehr belächelt hatte, umzubauen).

Wir möchten uns nur mit dem Gedanken abfinden, daß wir in Westfalen ausgepielt hätten, denn die sämtlichen in Betracht kommenden Betriebsbeamten seien unsere Gegner.“

Direktor Meyer habe sich von französischen Mineningenieuren beschleunigen lassen, daß unsere Apparate unbrauchbar seien.

Auf den „Meyer“-Apparaten (auch Chamroff-Typen oder Westfalia genannt) lasse eine hohe Lizenzgebühr (Herr Christiansen nannte 40 M. für jeden verkauften Apparat).“

Wir bemerken hierzu: Herr Bergwerksdirektor Meyer, dessen Namen diese Apparate tragen, läßt sie von der Sauerstofffabrik nach dem Grundpatent Dräger-Michaelis Nr. 132021 unter Hinzufügung von Konstruktionen nach seinen eigenen Patenten und Gebrauchsmustern anfertigen. In der Frage von Rettungsapparaten ist deshalb Herr Bergwerksdirektor Meyer Partei. Er ist trotzdem Sachverständiger in der vom Handelsminister eingesetzten Kommission für die Prüfung von Rettungsapparaten.

Nach den Behauptungen der Herren Dräger drängt sich der Gedanke auf, bei Inszenierung der Rettungsaktion habe die Geschäftspekulation schon als Faktor mitgewirkt. Als erfreulicher Rest der Aktion bleibt schließlich nur die Gewisheit, daß wenigstens bei den Arbeitern keine materiellen Erwägungen in Betracht kamen. Die Versuche sie zur Parade zu stellen, passen vorzüglich in den Rahmen systematischer Klame.

Wassertiefe am 29. März. Höhe des Wassers + 2,06 Meter, bei Dresden + 0,50 Meter, bei Magdeburg + 3,20 Meter. — Unruh bei Strauburg + 2,15 Meter. — Oder bei Rathbor + 3,32 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,54 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,42 Meter, bei Frankfurt + 2,67 Meter. — Weisheit bei Drambünde + 5,45 Meter. — Warthe bei Posen + 1,92 Meter. — Höhe bei Mäh + 1,34 Meter.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
**IV. Berliner Reichstagswahlkreis**  
(Landberger Viertel).  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer  
**Hermann Treitel**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes, Weihenfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
242/15

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
des  
**6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Montag verstarb an den durch Ueberfall erhaltenen schweren Verletzungen unser Mitglied, der Restaurateur  
**Max Brody**  
(Am Spandauer Schiffahrtskanal).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhaus aus auf dem alten Johannis-Kirchhof in der Seestraße statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand  
247/17

Am Mittwoch, den 28. März, verstarb nach langen, schweren Leiden an der Prostatierkrankheit unser treuer Freund und lieber Kollege der Stereotypen  
**Otto Würzburg**  
im 31. Lebensjahre.  
Sein Andenken werden stets in Ehren halten  
9108  
Die Kollegen  
der Stereotypie u. Galvanoplastik  
von Ulstein & Co.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr, auf dem Altdorfer evangelischen Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse**  
der deutschen Wagenbauer.  
(E. H. 8.) Berlin, Bezirk 6.  
**Nachruf.**  
Am Montag, den 26. März, verstarb unser Mitglied, der Former  
**Fr. Bartoszek**  
an Lungenerkrankung.  
Ehre seinem Andenken.  
8985 Die Ortsverwaltung.

**Schmökewitz Gasthaus zur Palme** am Seebüsch.  
(Endstation der „Stern“-Dampfer)  
**Hermann Peter.** Telefon: Grünau No. 39.  
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gemeindefestlichkeiten. Ausspannung und Dampferlege, Regelbahnen, große Rasenfläche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.  
Begründet 1873.  
**Spezial-Neueste Moden.**  
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten, Chap.-claque, u. Strohhüten.  
Sinzelerkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
**Neue Königstr. 48, 1 Treppe.**  
drittes Haus vom Alexanderplatz (Sonnabtags geöffnet).

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Polierer  
**Hermann Treitel**  
am 28. März plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihenfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.  
83/4

Am 27. d. M. verstarb plötzlich mein Werkmeister, der tüchtige Blödfüßler  
**Josel Volkmann**  
im 65. Lebensjahre.  
Der Verstorbene war über 40 Jahre in meinem Betriebe beschäftigt, für welche langjährige Tätigkeit ihm auch im vorigen Jahre die silberne Verdienstmedaille verliehen wurde. Derselbe war mir stets ein fleißiger und gewissenhafter Beamter, dessen Andenken ich immer in Ehren halten werde.  
Berlin, den 30. März 1906.  
**Louis Treitel,**  
Eigener und Kugelholschneiderei, Ropenstr. 64. 8998  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Michaelis-Kirchhofes in Brieg, Mariendorfer Weg, aus statt.

**Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker**  
Berlins und Umgegend.  
Den Kollegen die traurige Nachricht, daß am 28. März, nachmittags 5 Uhr, unser langjähriges Mitglied, der Stereotypen  
**Otto Würzburg**  
im Alter von 31 Jahren von seinem langen, schwerem Leben durch den Tod erlöst wurde.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Altdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erachtet  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Silberarbeiter  
**Karl Himmelfahrt**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Altdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erachtet.  
115/12 Die Ortsverwaltung.  
Zitronographie (Stiche - Schen). Anfängerkurse beginnen Dienstag und Donnerstag abends 7 1/8 Uhr. Restaurant Gruppe, Blumenstraße 16. 8375\*

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Karl Seidel**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Westend aus auf dem Luisen-Kirchhof, Charlottenburg, statt.  
Rege Beteiligung wird erachtet.  
115/11 Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**  
Für die Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters  
**Gustav Hechel**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Beamten und Kollegen des Berliner Holz-Kontors, den Genossen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Zentralverband der Holzberufsmänner, Ortsverwaltung Berlin, unseren innigsten Dank.  
9068  
Witwe Marie Hechel nebst Kindern.

**Eine Mark wöchentl. Teilzahlung**  
hohe elegante fertige  
**Herren-Moden.**  
Ersatz für Maß.  
**Maß-Anfertigung**  
feinste Verarbeitung  
Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
An der Jannowitz-Brücke 1, 1.  
Direkt am Bahnhof.  
Kein Waren-Kredithaus.

**Bettfedern-Betten-Spezialhaus**  
**L. Beutler**  
empfiehlt Bettfedern, nur neue, doppelt gereinigte, Pfund 50, 75, 1.25. Halbdaunen 1.25 bis 2.50. Gäusefedern u. Daunen v. 2.00-6.00.  
Unübertroffen an Füllkraft ist meine Spezialmarke  
**„Mandarinen-Daunen“** Pfund nur **2.50** Mk.  
Ein Versuch führt zu Nachbest.  
**Fertige Betten!**  
Großer Stand: Oberbett, Unterbett und 2 Klassen 12 Mk., bessere Sorten 15, 18, 22 bis 30 Mk.  
Hochfeine Brandbetten 40-75 Mk.  
Bettfedern-Dampf-Reinigung. Abholung und Zuwendung frei.  
Tel. 4, 8071.  
Großes Lager fertiger Inlette, Bezüge, Laken. Polsterbetten, Metall-Bettstellen besonders preiswert.  
Chaiselongue-Betten mit Crotonbezug Stück 12 Mk.  
Ackerstraße 28.  
**L. Beutler, Berlin,** 412L\*  
Reinickendorferstr. 64 C.

**Hüte und Mützen**  
für Herren und Knaben.  
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.  
**Landsbergerstr. 90,** 1 Treppe rechts.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41.  
Spezialarzt für 29/14\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Dr. Paul Richter,**  
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten,  
wohnt jetzt **Münzstr. 28.**  
Sprechst. 8-9, 12-2, 4-6, Sonnt. 9-11.

**Grabsteine**  
auf bequeme Ratenzahlungen  
Man verlange Prospekt  
Erstes Berliner Grabstein-Versandgeschäft „Platas“  
27 Lessingstraße 27.

# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

## Unser Angebot

für Sonnabend, den 31. März  
Montag, den 2. April  
Dienstag, den 3. April.

## Zur Einschulung:

### Hefte

nach neuester amtlicher Vorschrift, in allen  
Liniaturen, mit Löschblatt . . . . . Dutzend 70 Pf.  
Kaiser-Diarien mit festem Deckel Stück 10 Pf.  
Engl. Löschblätter farbig, sort. 25 Stück 5 Pf.  
Oblaten u. Bändchen zum Befestigen  
derselben . . . . . Couvert 8 Pf.  
Blaue Umschlagbogen . 25 Stück 15 Pf.  
Etiquettes für Hefte . . . . . 100 Stück 10 Pf.  
Ordnungs-Mappen  
18, 23, 48, 75, 98 Pf., 1.45 M.

### Federkasten

aus einem Stück . . . . . 9, 18, 25 Pf.  
doppelt 20, 25, 38 Pf., fein polirt 48 Pf.  
Cedernholz . . . . . 48 Pf.  
mit Schlüssel, imit. . . . . 28-35 Pf.  
Hartgummi 38, 48, 75, mit Perl-  
mutter-Einlage . . . . . 85 Pf.

### Schulfederhalter

mit Ring . . . . . 6 Stück 10 Pf.  
imit. Bambus . . . . . 3 Stück 10 Pf.  
Hartgummihalter . . . . . Stück 9 Pf.  
Tonkinrohrhalter . . . . . Stück 9 Pf.

## SCHUL- MAPPEN

für Knaben u. Mädchen

zur Vermeidung schiefer  
Schultern am Arm oder  
auf dem Rücken zu tragen.

Von schulärztlichen Autoritäten  
empfohlen!

Massiv Rindleder, unzerreißbar, mit extra Hefttasche 5.25 M.  
Mouton-Leder mit echt Seebundfell, mit extra Hefttasche 4.50 M.  
Mouton-Leder mit extra Hefttasche . . . 3.25 M.  
Ledertuch, braun, mit Leder-Einfassung, mit extra Hefttasche 2.35 M.  
Ledertuch, schwarz, mit Leder-Einfassung . . 1.50 M.  
Ledertuch, schwarz. . . . . 98 Pf.  
Frühstücks-Umhänge-Taschen  
massiv Rindleder . . . . . 95 Pf.  
Ledertuch . . . . . 45 Pf.  
Colleg-Mappen mit Falz, 6 Größen Stück 18 bis 75 Pf.

Umsteckhalter . . . . . 9 Pf.  
Bleistifte, gewöhnlich . . . . . Dtz. 18 Pf.  
" Schulstift in allen Härten Dtz. 42 Pf.  
" A. W. Faber, 45, 70, 90 Pf. u. 1.40 M.  
Spitzenschoner . . . . . Stck. 2, 3, 4 Pf.  
Ledertintenwischer . . . . . 3, 4, 5 Pf.  
Radirgummi, spitz und eckig Stck. 3 u. 6 Pf.  
" Töff-Töff . . . . . 5, 8, 15 Pf.  
Bleistift-Anspitzer, Kosmos . . . . . Stck. 20 Pf.  
Blech-Büchse mit 12 Schulfedern . . . . . 8 Pf.  
Federbüchse, vernickelt . . . . . 3 u. 4 Pf.

### Schiefer-Tafeln

linirt. . . . . 18 u. 23 Pf.  
polirt . . . . . 48 Pf.  
Klapptafeln . . . . . 48 Pf., polirt 95 Pf.  
Griffel . . . . . Dutzend 7 Pf.  
Reissnägel . . . . . 3 Dutzend 7 Pf.  
7 Grundfarben für Lehrzwecke  
im Blechkasten, Beste Qualität . . . . . 38 Pf.

### Reisszeuge. Schulbücher.

### Schulatlanten.

### Butterbrot-Papier

Pergament-Ersatz . . . . . 100 Blatt 23 Pf.

Prinz Heinrich 48, 75, 95 Pf., 1.50 M.  
Jockey - Mützen . . . . . 48, 75, 95 Pf.

## Schulanzüge, Schulkleider, Kinderstiefel, Schulmützen:

Während der Zeit des Umzuges (vom Freitag, den 30. März bis Freitag, den 6. April cr. incl.) verabfolgen wir doppelte Anzahl Sparmarken.

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mk. 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch **8 Sparmarken.**

Diese Woche umfasst beachtenswerte Angebote in den Abteilungen:

**Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Damenhüte, Konfektion, Kleider-Stoffe**  
sowie sämtliche Artikel für die Umzugszeit geeignet, in  
**Glas, Porzellan und Wirtschafts-Artikel.**

\* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt. - Ausgenommen sind einige Artikel.

**Max Busse**  
BERLIN N.,  
Brunnen-Straße 175  
vis-à-vis Grellenhagen 596L\*

empfiehlt für den bevorstehenden

### Umzug

seine große Auswahl in

**Regulateuren, Freischwingern,  
Stand- und Wanduhren.**  
Vorzügliche Werke, billige Preise.  
Großes Lager in Taschenuhren,  
Gold- und Silberwaren, Brillanten.

Für Vereine, Hochzeiten u. Taufen  
passende Alfenide-  
geschenke in schönen  
und preiswerten Mustern.



Preiswerte Konfirmanden-Anzüge. - Vornehme Maßanfertigung.

## Alfred Bernhardt, NW., Alt-Moabit 84

vis-à-vis der Hellands-Kirche. 573L\*

Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung.

Hervorragende Auswahl in Frühjahrs-Anzügen und Paletots.

Allen voran halte ich meine Grundsätze hoch.

× × Streng reelle Bedienung. × × × Preise konkurrenzlos billig aber streng fest. × ×

Mitglied verschiedener Rabatt-Spar-Vereine. - Berufskleidung.

### Rute 6 Mark.

Zepernick, nahe der Bahn.  
Günstige Zahlungsbedingungen.  
Berläufer tagl. an d. Station Zepernick.  
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.



Kraft-Rothwein  
Für Blutarmer  
u. Kranke  
ärztlich  
empfohlen  
Fl. 1.50  
u. 2 M.  
Überall  
zu  
haben  
In Apotheken, Drogen- u. Delika-  
tessengesch., steht unter ständiger  
Kontrolle d. chem. Laboratoriums  
Dr. C. Bischoff.

**TUMA-  
ZARI**  
Beste 2 Pfg.-Zigarette.

**Herrenhüte**  
weich und steif  
moderne Fassons pr. Stück 1,25 M., bessere Sachen billigst.  
**Hutkontor** nur  
Holzmarktstraße 34a, I Treppe, Ecke Andreasstraße.

**Wo?** machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin?  
Nach Pichelswerder zum **alten Freund.**  
Partien bis 1500 Personen haben bei höchstem Wetter bequem Platz.  
Es laßt ganz ergebend ein **Der alte Freund.**  
Küche stets in altbekannter Güte.







# Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Filiale Berlin. Telefon: Amt IV, Nr. 9720.

Die Mitglieder-Versammlung vom Donnerstag, den 20. d. Mts., welche in der „Neuen Welt“ stattfand, hat das Angebot der Arbeitgeber von 55 Pf. Minimallohn einstimmig abgelehnt.

Darauf haben über neun Zehntel von den circa 6000 Anwesenden für die Arbeitseinstellung vom Montag, den 2. April, entschieden.

Gut nähere Information findet am

**Montag, den 2. April, vorm. 8 1/2 Uhr,**

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114,

## eine **Versammlung** statt.

Wir fordern nunmehr sämtliche in unserem Berufe beschäftigten Arbeitnehmer auf, soweit sie im Berliner Lohngebiet in Arbeit stehen, in der **Versammlung am Montag Mann für Mann** zu erscheinen.

Gleichzeitig bitten wir die organisierte Arbeiterschaft, besonders die auf Bauten Beschäftigten, um die nachdrücklichste moralische Unterstützung.

121/16

### Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15. Haupt-Bureau: Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

### Achtung! **Schlosser!** Achtung!

Dienstag, 3. April ex., abds. 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:

## Allgem. Versammlung der Schlosser Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung: 115/10  
Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Meistern.  
Bücht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

## Stukkateure.

Sonabend, 31. März, vorm. 11 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:

## Versammlung der arbeitslosen Kollegen.

Tages-Ordnung:  
1. Unsere wirtschaftliche Lage! 2. Diskussion.  
Bücht jedes organisierten aber arbeitslosen Mitgliedes ist es, der Versammlung beizuwohnen. — Auch Nichtmitglied des Verbandes haben Zutritt. Die Ortsverwaltung. [173/11\*]

## Turner Berlins!

Montag, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr:

## Oeffentliche Turner-Versammlung bei Suggenhagen, am Moritzplatz.

Tages-Ordnung:  
1. Herr Kultusminister Dr. Studt und die sozialdemokratischen Turnvereine. Referent: Franz Gentz. 8003  
2. Diskussion.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bücht um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Der Einberufer. 8926

## Orts-Krankenkasse Weißensee.

### General-Versammlung der Vertreter

am Donnerstag, den 12. April 1906, abends 8 Uhr, im Restaurant Bräutchen, Weißensee, Ledderstr. 122.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung für das Jahr 1905 durch den Vorstand. 2. Bericht der Rechnungs-Revisionskommission und Decharge-Erteilung für den Vorstand und den Kassanten. 3. Ergänzungswahl für ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied (Arbeitnehmer). 4. Bewilligung von Kosten zur Beschaffung von Kongressen. 5. Verschiedenes.

Bemerkung: Eventuell Beschwerden gegen den Vorstand etc. werden in der Generalversammlung nur beantwortet, wenn diese mindestens drei Tage vor der Generalversammlung im Kassentafel schriftlich abgegeben werden.

Der Vorstand.  
A. H. B. Recke, Vorsitzender.  
Zum Eintritt berechtigt sind nur die mit Legitimationskarten versehenen Vertreter. 271/14

## Orts-Krankenkasse der Uhrmacher Berlin.

### Die ordentliche General-Versammlung

findet Dienstag, den 10. April, abends 9 Uhr, im „Schultheiß“, Neue Jakobstr. 25, statt.

Tages-Ordnung:  
1. Kassibericht und Bericht der Revisoren. 2. Festsetzung des ordentlichen Tageslohns. 3. Festsetzung des Gehalts für den Kassaführer. 4. Verschiedenes.  
Hierzu ladet ein 271/15

Der Vorstand.  
G. Latsch, Vorsitzender.

Vollständig erschienen ist nunmehr die

## Hohenzollern-Legende

Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert von

### Max Maurenbrocher.

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Zu beziehen in 50 Lieferungen a 20 Pf. oder in 2 Leinwandbänden geb. a 7.— 24.  
2 Halbfranz „ „ 8.—

durch die 233/17

Expedition des Vorwärts  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden.

**Anzüge**  
neuester Mode  
**Robert Bohn,**  
Berlin N., Invalidenstr. 135  
Herren- u. Knaben-  
Garderoben  
fertig u. nach Maß  
Streng real!

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

(Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)  
Sonntag, den 1. April, nachmittags 4 Uhr: **Versammlung** bei Robert Voigt, Ritterstr. 75.

Tages-Ordnung:  
Gewerkschaft und Klassenkampf. Referent: Genosse E. Rieger.  
Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. 138/11  
Die Versammlung am 15. April fällt des Osterfestes wegen aus.  
Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Böttcher Deutschlands und deren Hilfsarbeiter. Filiale Berlin.

Sonntag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr, Andreasstr. 26:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Die Lohnbewegung in der Bierfabrikbranche.  
Die Kollegen von den Brauereien sind besonders dazu eingeladen.  
Der Vorstand. 30/7

## Verband deutscher Gastwirtsgehülfen Ortsverwaltung Berlin.

Die Differenzen zwischen dem Gastwirt Franz, Inhaber der „Prachtstube des Ostens“, und dem „Verband deutscher Gastwirtsgehülfen“ sind beigelegt. Herr Franz hat die seitens der Organisation gestellten Forderungen anerkannt und ist deshalb die über das Lokal

verhängte Sperre für unsere Mitglieder aufgehoben.  
200/18  
F. H. Fr. Braun.



Tel. IV 9099.

# Victoria

Vornehm! Praktisch!  
Eleganter  
**Sacco-Anzug**  
tadellos sitzend  
**15 Mark**

in den neuesten heil und dunkel gemusterten Dessins vorrätig

Mode-Haus  
**Hermann Vandsburger**  
Friedrichstr. 7 | Turmstr. 80a  
nahe Belle-Allianceplatz. | Ecke der Wilhelmshavenstraße.

# Wegen vollständiger Aufgabe

unserer Blusen, Jupons und Kostümröcke sowie Seidenwaren-Abteilung

Seiden-Blusen, hochelegant . . . . . Stück 4.85 Mk. an	Kostüm-Röcke, hochelegant . . . . . Stück 2.05 Mk. an
Reinwollene Blusen, neueste Muster . . . . . Stück 2.95 Mk. an	Seiden-Stoffe in nur extra prima Qualitäten . . . . . Stück 1.15 Mk. an
Jupons in den feinsten Ausführungen . . . . . Stück 2.10 Mk. an	Wäsche für Herren und Damen zu noch nie dagewesenen Preisen.

Ferner empfehlen wir unser ganz enormes Lager in **Herren- u. Knaben-Konfektion** sowie **Herren- u. Damen-Stiefeln!**

Herren-Box-Calf-Stiefel . . . . . p. Paar 5.50 Mk. an	Damen-Box-Calf-Stiefel . . . . . p. Paar 5.50 Mk. an
Herren-Chevreaux-Stiefel . . . . . p. Paar 6.95 Mk. an	Damen-Chevreaux-Stiefel . . . . . p. Paar 6.25 Mk. an

Herren-Anzug, elegant . . . . . Stück 8.85 Mk.	Herren-Anzug, das Allerneueste . . . . . Stück 23.75 Mk.
Herren-Anzug, Tip-Top . . . . . Stück 11.75 Mk.	Herren-Anzug, Maß-Ersatz . . . . . Stück 26.50 Mk.
Herren-Anzug, extra prima Qualität . . . . . Stück 15.50 Mk.	Herren-Anzug, das Allereleganteste . . . . . Stück 31.— Mk.
Herren-Anzug, Maß-Konfektion . . . . . Stück 18.50 Mk.	Herren-Anzug, garantiert echt englisch Maß-Verarbeitung . . . . . Stück 35.— Mk.

Ein riesiger Posten Herren-Sommer-Paletots von 42.00 bis 8.90 Mk.

Ein Posten zurückgesetzter Anzüge . . . . . Stück 7.60 Mk. an | **Kinder-Anzüge zu jedem Preis!**

Internationales Kommissions- u. Lagerhaus **Rosenthalerstr. 9** Ecke Auguststr.

**Jeder Arbeiter,  
Jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen.  
Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Kapp-  
nähte. Haltbarste Pilot-Taschen.  
Große Abkanten umloht. Die Hose

bei Entnahme von  
6 Stück 24 M. **4 Mtr. 50**

- Randhose-Hose Karle Gam-  
brinus, Zwirnleiste . . . 5 Mtr. 50
- Gefütterte Randhose-Jacke 14,50, 8,75
- Schblaue Monteur-Jacke 1 Mtr. 90
- Schblaue Monteur-Hose . . . 1 Mtr. 50
- Schblaue Monteur-Jacke,  
prima Körper-Gewebe . . . 2 Mtr. 50
- Schblaue Monteur-Hose,  
prima Körper-Gewebe . . . 2 Mtr. 10
- Weiche Lederhose-Jacke 3,50, 2 Mtr. 75
- Randhose-Jacke, zweifach . . . 4 Mtr. 50
- Randhose-Mittel . . . 3,-, 2,50, 2 Mtr. 25
- Randhose-Mittel (braun) 3,-, 2 Mtr. 40
- Weiche Lederhose-Jacke, zweifach  
7,50, 3 Mtr. 75
- Weiche Lederhose . . . 4,50, 2 Mtr. 90
- Reißreißiger-Anzüge, blau,  
nach Schnitt . . . . . 5 Mtr. 50

**Baer Sohn**

En gros. Export. En detail.  
Hauptstr. 21/25. Bräunerstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 20. Haupt-Preisjahr 1906 wird  
kostenlos und portofrei zugelandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die  
Bundweite und die Schrittlänge, bei  
Jacken und Mitteln die Brustweite  
anzugeben.

56882  
— Versand von 20 Mtr. an franco. —

Rachdruck verboten!

**Dobersteins  
Cristall-Palast,**  
Prinzenstr. 94.

Täglich: Gesellschafts-Abend.  
Entrée und Garbende frei.  
Jeden Donnerstag u. Sonnabend  
Damen-Verein.  
Jeden Sonnabend: Extra-Ball.

**Neu eröffnet! Neu eröffnet!**

**Centrale für Herrenmoden  
S. LITTMANN**

nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2, Station Hochbahn Oranienstraße.

**!!Jeder Käufer erhält ein Geschenk!!**

**Elegante Paletots Herren-Anzüge Konfirmanten-Anzüge Herren-Beinkleider**  
von 10,50 Mark an. von 11,50 Mark an. von 9,50 Mark an. von 2,50 Mark an.

Meine Konfektion zeichnet sich aus durch tadellosen Sitz, vorzügliche Verarbeitung, solideste Stoffe.

**Neu eröffnet! nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2. Neu eröffnet!**



Diese Abbildung stellt „Apollo“ fertig als  
Opernglas, Feldstecher und Doppel-Fernseher dar.

**Neu! Letzte Neuheit! Neu!**  
**Doppel-Fernseher „Apollo“**

mit Taschentollette (D. R.-G.-M.) ist zu ge-  
brauchen: als Opernglas, Theaterglas,  
Feldstecher, Fernseher, Doppel-Fern-  
seher, Touristenglas, Lupe, Doppel-  
Lupe, Leseglas etc; ferner als  
Taschentollette, da ein großer  
Spiegel, Kamm, Zahnstocher und  
Ohrlöffel mit ihm vereinigt ist.  
„Apollo“ ist zusammengelegt 10 cm  
lang, 6 cm breit und 2 cm dick,  
mithin sehr handlich und kann bequem in der Tasche getragen werden. „Apollo“  
ist unentbehrlich für jeden Theaterbesucher, Spaziergänger, Touristen, auf Reisen,  
bei Festlichkeiten jeder Art, überhaupt ist „Apollo“ unentbehrlich für jedermann.  
[306/8\*]



Diese Abbildung stellt „Apollo“ ganz  
offen als Taschentollette, fertig zum  
Gebrauch dar.

No. 1140 „Apollo“ aus imit. Leder-Etui, sonst alles fein vernickelt, per Stück M. 1,75, 10 Stück auf einmal M. 16,50, 25 Stück  
auf einmal M. 37,50.  
No. 1141 „Apollo“ aus feinem Leder-Etui, sonst alles extra fein vernickelt, per Stück M. 3,20, 10 Stück auf einmal M. 30,-,  
25 Stück auf einmal M. 70,-. Porto extra. Versand gegen Nachnahme, Umtausch gestattet, daher kein Risiko. Katalog mit zirka  
4000 Gegenständen gratis und franko.

**Gebr. Wolfertz, Stahlwarenfabrik und Versandhaus Wald bei Solingen.**

**Moerner's Blumengarten**  
Ober-Schönevide  
**Dampferstation Stern**  
empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.  
2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.

**W. Zapel,**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.  
Größtes Spezial-Geschäft  
für Seiden- und Filz-Hüte  
Lager in Schirmen und Mützen. [3042\*]

**Der Kenner**



**raucht**  
**№61**  
hochfeine 6 Pf. Cigarre  
vortzöglicher würziger Geschmack  
**J. NEUMANN**  
Cigarren-Fabrik — 103 Filialen.

Davon in Berlin:  
Brunnenstr. 82, Ecke Anklamerstr.  
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.  
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartz-  
kopffstraße.  
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.  
Friedrichstr. 171, E. Französisch. Str.  
Gertraudenstr., Eck. Broitestr. 20a.  
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.  
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.  
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.  
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.  
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Ballowstr.  
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.  
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schön-  
hauserstraße.  
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.  
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.  
Rixdorf: Bergstr. 146.

**Nathan Wand**

129 Stallstr. 129.  
Die schönsten 6512\*  
**Herren-Sommer-Paletots**  
und Anzüge in neu  
sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Modellen getragene Sachen,  
sind neu, für jede Figur passend,  
speziell Bauchansätze sind in  
großer Auswahl stets zu haben  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stallstr. 129.  
Hochbahnstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Orto-Str. 1** **Turm-Str. 76**

**Warenhaus  
Lachmann  
&  
Scholz**

**Extra  
Angebote  
für  
Modistinnen.**

**Spitzen.**  
**Futterstoffe.**  
**Besatz-Tressen.**  
**Sammete.**  
**Lindener Velvet**

- Kurzwaren.**
- Ersatz für Fischbein . . . . . Dtz. 5 Pf.
  - Hoh bandstöße . . . . . Dtz. 11 Pf.
  - Fischbein, natl. echt . . . . . Dtz. 38 18 Pf.
  - Schwefelblätter mit hellem Gummiblatz Paar 48 28 18 Pf.
  - Gürtelband, Natl. und Seide . . . . . Mtr. 18 7 4 Pf.
  - Kragen-Einsätze 4-7 cm hoch . . . . . Stck 8 5 3 Pf.
  - Kragen-Einsätze mit Fischbein . . . . . Stck 28 18 Pf.
  - Gürtel-Einsätze, neueste Façon's . . . . . 48 38 32 Pf.
  - Rollen-Büschel's, Pa. Qual. in allen Farben . . . . . Rolle 13 Pf.
  - Mohair-Besenborte, Pa. Qual. . . . . Mtr. 10 7 4 Pf.
  - Kleiderstoss, sammet u. Alpaka konisch . . . . . Mtr. 38 Pf.
  - Kopierpl. der. plat u. gebogen . . . . . 28 18 12 Pf.
  - Druckknöpfe „Zukunft“ mit doppelter Feder . . . . . Dtz. 15 13 Pf.
  - Druckknöpfe „Exakt u. Durable“ . . . . . Dtz. 48 35 Pf.
  - Unterrock-Volant, weiss und Alpaka . . . . . Mtr. 1,05 M., 98 Pf.

- Seiden-Stoffe.**
- Mercelloux, reine Seide, schwarz . . . . . Mtr. 1,45, farbig Mtr. 1,95 M.
  - Taffet, reine Seide, schwarz . . . . . Mtr. 1,45, farbig Mtr. 1,95 M.
  - Pongé in grosser Farben-Auswahl . . . . . Mtr. 75 Pf.
  - Japan, ca. 60 cm breit, alle Farben . . . . . Mtr. 1,35 M.
  - Atlas, ca. 60 cm breit . . . . . Mtr. 1,35 M.
  - Atlas für Jackett-Futter, moderne Muster . . . . . Mtr. 90 Pf.

- Besatz-Knöpfe.**  
Größtes Sortiment in allen Neuheiten der Saison.
- Besätze.**
- Seidene Gimpel . . . . . Mtr. 48 10, 10 Pf.
  - Seidene Stiche, eben, reich gestickt . . . . . 85, 48 Pf.
  - Posamenten u. Filzsträuben . . . . . 3 98, 130 M., 98 Pf.
  - Solden aus Kragen-Ecken, neueste Façon . . . . . 68, 38, 25 Pf.
  - Posamenten-Ringe und Knöpfe in grosser Auswahl.

- Band und Chiffon.**
- Besatz-Bändchen, best. o.k.t. . . . . Mtr. 28, 15 Pf.
  - Samt-Band, best. o.k.t. . . . . Mtr. 68 bis 5 Pf.
  - Ripaband . . . . . ca. 2 1/2, 4 1/2, 5 1/2 cm breit
  - Moiréband . . . . . 23 Pf. 38 Pf. 48 Pf.
  - Grosses Farben-Sortiment . . . . . 7 1/2, 10 cm br.
  - Moiréband . . . . . 18 Pf. 28 Pf. 38 Pf. 68 Pf. 88 Pf. 98 Pf.
  - Chiffon, ca. 100 cm breit, viele Farben . . . . . Mtr. 98 Pf. bis 1,05 M.

**Als besondere Vergünstigung Doppelte Rabatt-Marken bis 5. April bei allen Einkäufen**  
auch an den anderen Abteilungen!

Eine umfangreiche Agitation für die politische Organisation

Haben die Genossen des 4. Wahlkreises in Szene gesetzt. Am vergangenen Sonntag verbreiteten sie in einer Auflage von 200 000 Exemplaren ein Flugblatt, in dem sie zum Eintritt in den sozialdemokratischen Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufforderten.

In der „Königsbau“ sprach Genosse Düwell. Seinem Vortrage stellte er folgende Leitsätze voran: Das Proletariat braucht vor allem die Erkenntnis seiner Klassenlage, die Einsicht in die ökonomische und politische Struktur der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, den Willen, diese Zustände abzuändern, und die Mittel, um seinen Willen durchzusetzen.

In berechneten Worten wandten sich hierauf die Genossinnen Wenzel und Waader an die anwesenden Frauen, sie zur ebenfalls regen Teilnahme an dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse auffordernd.

In der Germania-Brauerei hielt Genosse Kloth das Referat. Sehr wirkungsvoll war seine Gegenüberstellung der Lebenshaltung des Proletariats mit derjenigen der bestehenden Klassen. Auf Grund der Einkommensstatistik veranschaulichte er in drastischen Bildern die mühselige Bereicherung der herrschenden Gesellschaftsschichten, gegen welche die von den Gewerkschaften für die Arbeiter erkämpften Lohnerhöhungen nur sehr unbedeutend ins Gewicht fallen und durch die Steuerpolitik der Regierung wieder völlig weit gemacht werden.

Im „Elysium“ des Landsberger Viertels sprach Genosse Liepmann. Redner schilderte in großen Zügen die nationale und internationale Organisation des Kapitales, das mit seinem Anknüpfen, seinen Aktiengesellschaften und seiner planmäßigen Ausbeutung des Proletariats der heutigen Gesellschaftsordnung ihr charakteristisches Gepräge verleiht.

An die anwesenden Frauen richtete die Genossin Frau Kroll sodann den Appell, auch ihrerseits nach Kräften die Arbeiterbewegung zu fördern.

In der „Drachenburg“ sprach Genosse Blos. Er wies unter anderem darauf hin, daß die herrschenden Klassen ihre Organisation im Staate, in der Schule, Kirche und im Militärwesen haben, so daß sie eigentlich keiner besonderen politischen Organisation bedürfen.

Proletariats notwendig. — Die versammelten Männer und Frauen folgten dem Vortrage mit großer Aufmerksamkeit und spendeten dem Redner lebhaften Beifall.

In Hilffs Saal sprach Genosse Störmer. Redner wirkte seine Schilderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, die einer Pyramide vergleichbar, mit ihrer ganzen Last die unteren Schichten bedrückt, während die Spitzen in den höheren Regionen leben und im Ueberflusse schweigen.

In Graumanns Saal schilderte Genosse Wiesenhal die geschichtliche Entwicklung der Klassengegensätze, die verschiedenen Formen der Klassenherrschaft und der Ausbeutung der Unterdrückten. Er führte den Versammelten vor Augen, wie sich aus der Sklaverei und Hörigkeit die bestehende Lohnsklaverei entwickelt hat, die zu bekämpfen und schließlich zu beseitigen das große Ziel der Arbeiterbewegung ist.

Am Mittwoch fand sodann ein Extra-Zahlabend statt, zu dessen Besuch die organisierten Genossen die nicht dem Wahlverein angehörenden Arbeiter noch durch persönlichen Besuch einluden.

Wenn auch die Erfolge dieser planmäßigen Agitation sich bis jetzt noch nicht zahlenmäßig feststellen lassen, so kann doch schon gesagt werden, daß sie ganz hervorragende waren.

Aus der Frauenbewegung.

Die Hamburger Frauenbewegung ist durch die Reorganisation der Hamburger Partei in ein neues Stadium getreten. Bisher lag, wie überall in Deutschland, die Agitation unter dem weiblichen Proletariat in den Händen von weiblichen Vertrauenspersonen.

Nach dem Jenaer Vortrage, wo das neue Organisationsstatut für die Gesamtpartei geschaffen wurde, beantragten die Genossinnen Hamburgs bei der örtlichen Parteileitung, zu gestatten, daß die Wahl der weiblichen Vertrauenspersonen von jetzt ab in den Mitgliederversammlungen der einzelnen Wahlkreise vorgenommen werde.

in den einzelnen Wahlkreisen in Zukunft eine Frau gewählt werde, die zusammen gemeinsam die Agitation unter den Frauen zu leiten hätten.

Die Genossinnen haben sich gegen diesen Plan gewehrt. Nicht etwa, weil sie nicht gern gemeinsam mit den Genossen arbeiten wollten, sondern weil sie, die sie in ihren Dispositionen davon von den Vorstandsbeschlüssen abhängig würden, eine Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit und dadurch einen Nachteil für die Erfolge ihrer Agitation befürchteten.

Mit großer Majorität entschied die kombinierte Mitglieder- versammlung der drei Hamburger Wahlkreise sich für den Vorstands- vorschlag.

Danach beschloffen die Genossinnen nach besten Kräften auf der neuen Waise für die Agitation unter den Frauen zu wirken, was an ihnen liegt alles zu tun, was die gehegten Befürchtungen, die ihre ablehnende Haltung begründeten, zunichte zu machen.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Montag der Reichstagsabgeordnete Mollenhuth über „Heimarbeit“. In lichtvoller Weise erläuterte der Referent die Heimarbeit in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, gab ein lebendiges Bild ihrer zerstörenden Wirkung auf die Lage der Arbeiterschaft, und zeigt die Auswege zur Abwendung der schlimmsten Schäden, die im wesentlichen zum Verbot der Heimarbeit führen müssen.

Zelw. Der hiesige Frauen- und Mädchenbildungsverein hielt Mittwoch, den 28. März, seine Monatsversammlung ab. Frau Jäger aus Witzdorf hielt einen Referat über „Gesundheitspflege des Nervensystems“.

Witterungsüberblick vom 30. März 1906, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometere-höhe mm, Wind- richtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. in C. and F. It lists weather data for various stations like Garmisch, Garmisch, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Garmisch, Garmisch, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien.

Weiterprognose für Sonnabend, den 31. März 1906. Zunächst mehr heiter, nachts Frost, am Tage etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden; später neue Trübung und geringe Niederschläge.



Einsegnungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen u. s. w.

33.- 30.- 27.- 24.- 22.- 20.- 18.- 16.- 14.- 12.- 9.50 M.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reichende Beigaben umsonst.

Wäsche, Hüte, Handschuhe u. s. w. zur Einsegnung zu sehr niedrigen Preisen.

Prüfungs-Anzüge

moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmacksrichtungen, 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 10 M.

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Eigene große Betriebswerkstätte: Neue Hobeckstrasse 59-60.

„Vorwärts“

welcher Wert darauf legt, zum Frühjahr einen eleganten Anzug, Paletot, fertig oder nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei der Firma

LESKE & LEHRER 78 Kottbuser Damm 78

Spezial-Haus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Durch sehr vorteilhaften Einkauf, geringe Spesen und durch große Fachkenntnisse sind nur wir einzig und allein in der Lage, dem kaufenden Publikum das denkbar Beste zu außergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen zu bieten.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsert! Nachdruck verboten.

Unerreicht ist unsere Auswahl an Frühjahrs-Paletots, Frühjahrs-Anzügen, Knaben-Paletots, Knaben-Anzügen.

Unsere Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter Herren-Moden

nach Maß

unter Leitung erster Meister, steht, was Verarbeitung, Sitz und Auswahl an Stoffen anbelangt, einzig und allein da.

Sämtliche bei uns bestellten Maßsachen werden nach dem vom Verbands der Schneider u. Schneiderinnen festgesetzten Lohnstarif in eigenen großen Betriebswerkstätten angefertigt.

Bitte, beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.





